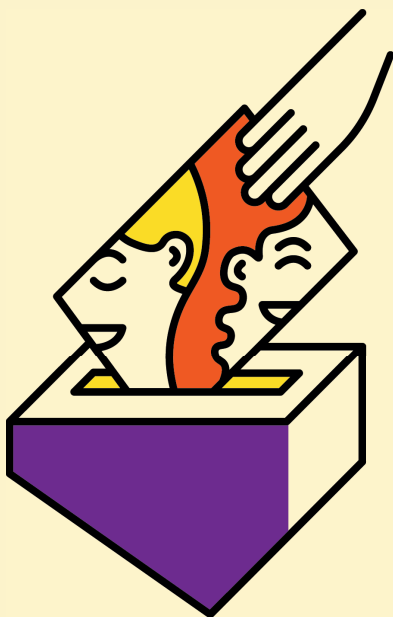


Maßnahmenkatalog



FACHKOMMISSION

**ZUR GLEICHBERECHTIGTEN TEILHABE
VON FRAUEN AN WAHLLÄMTERN**

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
UND FÜR DEMOKRATIE
EUROPA UND GLEICHSTELLUNG



Freistaat
SACHSEN

Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und
für Demokratie, Europa und Gleichstellung
01097 Dresden

Redaktion, Gestaltung und Satz:

Die Rederei gUG
www.rederei-agentur.de

Fotos:

Benjamin Jenak und Nora Börding

Druck:

FLYERALARM GmbH

Redaktionsschluss:

07.06.2022

Bezug

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30
01127 Dresden
Telefon: +49 351 2103671
Telefax: +49 351 2103681
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im
Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der
Öffentlichkeit herausgegeben.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch
die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wieder-
gabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

*„Mehr als 100 Jahre nach der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts gibt es für die Gleichstellungspolitik immer noch viel zu tun. Nach wie vor beschreibt der Ausruf „Die Hälfte der Macht den Frauen!“ keine selbstverständliche Realität, sondern ist als Forderung zu verstehen. Erst dann, wenn Frauen in gleichem Maße in politischen Entscheidungsgremien repräsentiert sind wie Männer, können ihre Interessen und Lebenswirklichkeiten auch gleichberechtigt in politisches Handeln einfließen. Die **Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern** hat seit Mai 2021 Ideen und Maßnahmen entwickelt, um diesen Prozess voranzutreiben, Zugangshürden abzubauen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Ich hoffe, dass viele dieser Ideen umgesetzt werden können – zum Wohle unserer politischen Kultur und unserer Demokratie. Wir als Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung werden diesen Prozess auch weiterhin tatkräftig unterstützen.“*

Katja Meier

Staatsministerin der Justiz und für
Demokratie, Europa und Gleichstellung



INHALT

1. DATENGRUNDLAGEN

Wie entwickelt sich die Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern?

S. 18

2. NETZWERKE & EMPOWERMENT

Das Mandat – welche Unterstützung brauchen Frauen?

S. 28

3. SENSIBILISIERUNG & ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wie können die Vorteile von Vielfalt in der Politik vermittelt werden?

S. 34

4. KANDIDATINNEN-GEWINNUNG

Welche Wege führen ins politische Amt?

S. 44

6. ARBEITSWEISE UND RAHMENBEDINGUNGEN IN PARLAMENTEN UND RÄTEN

Welche Rahmenbedingungen braucht eine angemessene Mandatsausübung?

S. 58

5. PARTEIKULTUREN UND -STRUKTUREN

Wie können Parteien und Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger Frauen in Haupt- und Ehrenamt unterstützen?

S. 52

7. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Über welche rechtlichen Grundlagen kann der Frauenanteil in politischen Ämtern erhöht werden?

S. 68

EINFÜHRUNG

Dass Frauen in der Politik unterrepräsentiert sind, bedeutet einen erheblichen Perspektivverlust. Ihre spezifischen Lebenserfahrungen, Fähigkeiten und Ideen werden nicht gehört, nicht eingebracht. So manifestiert sich im Zeitverlauf ein Ungleichgewicht: Frauen repräsentieren zwar die Hälfte der Gesellschaft und sind von Entscheidungsprozessen betroffen, doch ihr Blick auf die Welt, ihr Wissen und ihre Lösungsvorschläge spiegeln sich in der praktischen Politik unzureichend wider. Dabei sollte es doch vor allem darum gehen, die Lebenslagen von Menschen zu kennen, diese angemessen zu berücksichtigen und zu vertreten. Auch strukturelle Bedingungen, die den Zugang zu politischen Ämtern für Frauen einschränken, müssen kritisch reflektiert werden. Ziel des vorliegenden Maßnahmenkataloges ist es daher, diesen Defiziten konstruktiv zu begegnen.

Die Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern hat den Arbeitsprozess in drei thematische Komplexe gegliedert, um direkte Empfehlungen aus Theorie und politischer Praxis heraus anzuregen.

Zunächst werden die Daten zur Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen näher in den Blick genommen. Analysiert wird etwa der Anteil an Frauen innerhalb der Mitgliedschaften von Parteien. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie Frauen in den jeweiligen Länderparlamenten sowie dem Bundestag politisch partizipieren. Speziell wird der Freistaat Sachsen im Fokus stehen: Wie hat sich hier der Frauenanteil seit der Wiedervereinigung auf Ebene der Kommunalpolitik entwickelt?

Um die Empfehlungen des Maßnahmenkataloges genau dort zu platzieren, wo sie fruchten sollen, befasst sich die Fachkommission eingehend mit der Analyse konkreter Adressatinnen und Adressaten. Angesprochen werden Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in der Verwaltung sowie den verschiedenen Parteien. Zudem richten sich die Mitglieder des Gremiums gezielt an die Sächsische Staatsregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag von 2019 die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Ebenen und Positionen zum politischen Ziel erhoben hat. Da sich einzelne Empfehlungen nur an spezielle Adressatinnen und Adressaten richten können, wird dies an entsprechender Stelle gekennzeichnet.

Wer sind die Frauen, deren Interessen die Fachkommission auf die politische Agenda setzen will? Die Antwort auf diese Frage sensibilisiert für die Vielfalt verschiedener Lebenslagen. Es sind zum einen bereits aktive, zum anderen noch nicht aktive Frauen. Es sind Bewerberinnen, Kandidatinnen und Mandatsträgerinnen. Altersunterschiede und verschiedene Lebensphasen prägen Biografien – diese Lebensverlaufs-perspektive deutlich zu machen, ist ein Ziel des Maßnahmenkataloges. Auch der Bildungsstand sowie die soziale, familiäre und finanzielle Situation entscheiden darüber, ob und wie intensiv politische Mitgestaltung angestrebt wird. Die Vorschläge der Fachkommission regen zudem dazu an, diverse Bedarfe und Realitäten im städtischen und ländlichen Raum zu berücksichtigen. Erarbeitet werden daher stets zielgruppenspezifische Empfehlungen, die die Komplexität abweichender Lebenssituationen und struktureller Bedingungen berücksichtigen. Wichtig ist: Männern kommt eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht, einen echten Wandel in der Geisteshaltung herbeizuführen. Sie gestalten Prozesse aktiv mit, übernehmen die Funktion von Multiplikatoren und ermöglichen die politische Partizipation von Frauen, indem sie das Thema selbst als dringlich definieren und kommunizieren.

1

2

3

MITGLIEDER

Die Sächsische Staatsregierung räumt der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen Priorität ein. So wurde als Ziel im Koalitionsvertrag 2019 die gleichmäßige Vertretung von Frauen und Männern in Parlamenten und Räten auf Landes- und Kommunalebene festgeschrieben. Das konkrete Ziel: den Frauenanteil unter den Kandidierenden bis zur kommenden Landtagswahl im Jahr 2024 steigern. „Hierzu werden wir in eine breite juristische und gesellschaftliche Debatte über mögliche verfassungskonforme Lösungen eintreten“, heißt es im Koalitionsvertrag. Um diese Auseinandersetzung anzustoßen und fachlich zu begleiten, sollte eine Fachkommission installiert werden. Angeschlossen an das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung startete im Sommer 2020 die Recherche zu möglichen Sachverständigen. Unter dem Vorsitz von Staatsministerin Katja Meier wurde das Gremium in den Folgemonaten zusammengesetzt und einberufen.

Das SMJusDEG übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte der Mitgliedervorstellung und der Interviews – insbesondere was die (Nicht-)Verwendung geschlechtergerechter Sprache betrifft.



KATJA MEIER war vor ihrer Berufung zur Staatsministerin Abgeordnete im Sächsischen Landtag und als Sprecherin unter anderem für Demokratie, Rechts- und Gleichstellungspolitik zuständig. Ihre fachlichen und politischen Erfahrungen bestärken sie in der Überzeugung, dass der größte Veränderungsbedarf in der politischen Kultur liegt, die nach wie vor einen hohen Grad an Sexismus aufweist. Als Vorsitzende der Fachkommission sieht Gleichstellungsministerin Katja Meier den Maßnahmenkatalog als wichtiges Dokument, um den notwendigen Fortschritt gestalten und begleiten zu können. Dabei ist es nicht nur von Bedeutung, Frauen auf ihrem Weg in die Politik zu unterstützen, sondern auch Rahmenbedingungen und Strukturen in Parlamenten, Gremien und Parteien so zu verändern, dass Familie, Ehrenamt und Beruf miteinander in Einklang gebracht werden.

REGINA KRAUSHAAR war vor ihrer Berufung zur Präsidentin der Landesdirektion Sachsen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern verantwortlich, so als Staatssekretärin im Sächsischen Sozialministerium, als Abteilungsleiterin „Jugend“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie als Abteilungsleiterin „Pflegesicherung und Prävention“ im Bundesministerium für Gesundheit. Als Stadträtin der Stadt Heidenau und in vielen weiteren ehrenamtlichen Funktionen hat sie breite Erfahrungen – auch mit Wahlämtern – gesammelt. Sie ist davon überzeugt, dass gute und nachhaltige Lösungen immer dann möglich sind, wenn sie in einem konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog mit den Kommunen und den Akteuren der Zivilgesellschaft erarbeitet wurden. Nicht zuletzt ist sie auf der Grundlage eigener biographischer Erfahrungen eine Befürworterin des lebenslagenorientierten Ansatzes in der Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann.



SARAH BUDDERBERG, Landtagsabgeordnete von DIE LINKE, ist der Auffassung, dass die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen unumgänglich ist, es zur Erfüllung von Quoten aber auch eine gezielte Nachwuchsförderung und Netzwerke auf kommunaler Ebene braucht. Von besonderer Bedeutung ist für sie die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Familie und Beruf. Das Empowerment darf nach der Wahl in ein Amt nicht enden, gleichzeitig müssen mit einem intersektionalen Ansatz Frauen in ihrer Vielfalt und auch Personen abseits des binären Geschlechtersystems in den Blick genommen werden.



MARION PRANGE ist seit 2008 Bürgermeisterin der sächsischen Stadt Ostritz und seit 2011 Geschäftsführerin von drei kommunalen Unternehmen. Im Jahr 2020 erhielt sie für ihr kommunalpolitisches Engagement den Helene-Weber-Preis. Sie möchte den ländlichen Raum und die dort spezifische Problematik der Abwanderung junger Frauen in den Blick nehmen und aus ihrer Praxiserfahrung heraus aufzeigen, dass die Übernahme von Wahlämtern auch Freude bereiten und Frauen persönlich bereichern kann.



DR.^{IN} HELGA LUKOSCHAT ist Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft) – eine unabhängige und parteiübergreifende Forschungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtung mit einem Schwerpunkt auf der Förderung der politischen Partizipation von Frauen. Für das BMFSFJ organisiert die EAF Berlin den Helene-Weber-Preis sowie das Helene-Weber-Kolleg und führt dort Mentoring- und Empowerment-Programme durch, um Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Jüngst hat Helga Lukoschat eine Studie zu Parteikulturen veröffentlicht. Sie möchte in der Kommission auch die Diskussion über Paritätsgesetze weiterführen.



LUCIE HAMMECKE ist Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen und möchte mindestens die Hälfte der Macht in der Politik in den Händen von Frauen sehen – angefangen bei den Parteien, über die Parlamente bis zu den Kabinetten. Da dies kein Selbstläufer ist, wirbt sie für eine Änderung von strukturellen Voraussetzungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit samt Maßnahmen wie Frauenquoten und quotierten Redelisten.



Ministerialrat **BURKHARD KURTHS** ist Leiter des Referats für Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Normprüfung, Parlamentarische Wahlen und Glücksspiel im Sächsischen Staatsministerium des Innern. Er sieht angesichts der Verfassungsrechtsslage nur sehr geringe Handlungsspielräume, bei der Kandidatenaufstellung rechtlichen Zwang auf Parteien auszuüben. Vielmehr liege es bei den Parteien selbst, ihre internen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie sowohl für Männer als auch für Frauen gleichermaßen attraktiv sind.



Rechtsanwältin **SUSANNE KÖHLER** ist Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Juristinnenbundes e.V. und möchte neben den tatsächlichen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an politischer Arbeit in den Blick nehmen. Hemmnisse, wie die abschreckende Wirkung intransparenter Nominierungsverfahren in Parteien, müssten abgebaut werden. Auch plädiert sie für eine rechtliche Absicherung des passiven Wahlrechts von Frauen.

DR. BENJAMIN HÖHNE ist Parteienforscher und stellvertretender Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl). In die Fachkommission bringt er neben eigenen Forschungsbefunden auch wissenschaftliche Ergebnisse aus der internationalen Parteien-, Parlamentarismus- und Genderforschung ein. Von der Kommissionsarbeit erhofft er sich praxisrelevante und adressatengerechte Ergebnisse sowie nachhaltige Strategien hin zur Parität in den Parlamenten. Wert legt er auf einen konstruktiven Dialog mit Kritikerinnen und Kritikern von geschlechtsspezifischen Fördermaßnahmen und die Etablierung neuer Bündnisse.



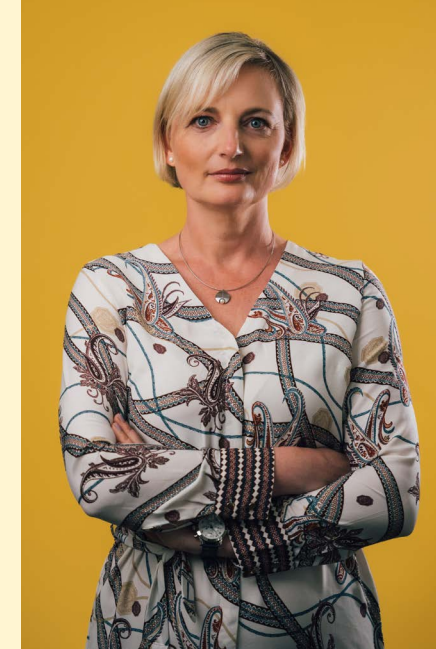
DR. INA ALEXANDRA-KATHRIN STANISLAW-KEMENAH ist seit 2012 die kommunale Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden. Sie sieht die politische Kultur und Kommunikation in der Kommunalpolitik sowie Transparenz als zentrale Handlungsfelder der Kommissionsarbeit. Dabei kann sie immer wieder auf ihre eigenen Erfahrungen zurückgreifen, wie den Zusammenschluss von Dresdner Stadträtinnen, die eine sexistische Umgangskultur in diesem Gremium öffentlich thematisierten und Änderungen forderten.

ANDREA PANKAU ist die Leiterin der Geschäftsstelle des Landesfrauenrat Sachsen e.V., der die Interessen von ca. 170.000 Frauen in 44 Vereinen und Verbänden in Sachsen vertritt. In Vorbereitung auf die sächsischen Kommunal-, Landtags- und Europawahlen 2024 startete der Verein ein Projekt zur Mobilisierung von Frauen für Kandidaturen, in dessen Rahmen gerade kleinteilig die statistischen Grundlagen erarbeitet werden. Sie ist seit 2004 kommunalpolitisch aktiv und macht deutlich, dass die Wirksamkeit des Maßnahmenkatalogs der Kommission auch im Nachgang überprüft werden sollte und zwar dahingehend, ob es tatsächlich gelungen ist, mehr Frauen in die Politik, vor allem auf kommunaler und Landesebene, zu bringen.



ELISABETH STREMLAU ist Bürgermeisterin a.D. aus Dülmen in Nordrhein-Westfalen und blickt auf 25 Jahre kommunalpolitische Arbeit zurück. 2009 erhielt sie den Helene-Weber-Preis und ist kommissarische Sprecherin des Helene-Weber-Netzwerks. Sie benennt die Doppel- und Dreifachbelastung junger Frauen als größte Schwierigkeit im Hinblick darauf, diese für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Gerade die Dominanz der Männer in den Parteien bzw. Fraktionen und zum Beispiel die sich häufig über viele Stunden hinziehenden Sitzungen sind für junge Frauen wenig motivierend, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

HANKE KLIESE ist seit 2009 Mitglied des Sächsischen Landtags und inzwischen stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Sie freut sich, zusammen mit der Fachkommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu streiten. Neben dem großen Themenkomplex Gewaltschutz liegen ihr die Unterstützung von Frauen mit Behinderung sowie Erinnerungspolitik aus der weiblichen Perspektive am Herzen.



DANIELA KUGE, Landtagsabgeordnete der CDU, berichtet von erfolgten Änderungen in ihrer Partei, wie der Aufstellung paritätischer Listen oder einem Modell, nach dem jeder Ortsverband pro Jahr seinen Frauenanteil um zehn Prozent steigern soll. Sie ist der Auffassung, dass Männer an der Entwicklung von Maßnahmen zur gleichberechtigten Teilhabe auch beteiligt und „mit auf den Weg genommen“ werden müssen.

PROZESS

Wie der Koalitionsvertrag deutlich macht, begleitet die Fachkommission die gesellschaftliche Debatte zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an politischen Ämtern. Das bedeutet, dass die Arbeit keineswegs mit der Veröffentlichung des Maßnahmenkatalogs endet. Empfehlungen, die durch die Staatsregierung anzustoßen oder zu verwirklichen sind, sollen unmittelbar nach der Publikation mit verschiedensten Akteurinnen und Akteuren umgesetzt werden. Dazu werden Vereine, Verbände, Zivilgesellschaft, Verwaltung sowie Parteien angesprochen. Die Fachkommission wird weiterhin zusammenkommen und die Umsetzung der Maßnahmen begleiten und verfolgen. Die Mitglieder stehen nicht nur untereinander langfristig in Kontakt, sondern auch mit den Akteurinnen und Akteuren, die die erarbeiteten Vorschläge realisieren oder sich daran beteiligen.



4. Sitzung der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern am 1. April 2022

1. SITZUNG IM MAI 2021 PER VIDEOKONFERENZ

Bei ihrer ersten Sitzung im Mai 2021 konstituierte sich die Fachkommission, definierte im gemeinsamen Austausch die Arbeitsschwerpunkte und kristallisierte spezifische Themencluster heraus.

2. SITZUNG IM OKTOBER 2021 IN PRÄSENZ

Das zweite Treffen diente zum einen der genaueren Zielgruppenanalyse, zum anderen wurden im Diskussionsverlauf Maßnahmen für das Themencluster Datengrundlagen erarbeitet. Unterstützt wurde das Gremium durch einen fachlichen Input des Statistischen Landesamts Sachsen zu bereits erfassten Zahlen sowie durch einen Beitrag des Kommissionsmitglieds Dr.ⁱⁿ Helga Lukoschat, Vorsitzende der EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft).

3. SITZUNG IM JANUAR 2022 PER VIDEOKONFERENZ

In der digitalen Debatte wurden Handlungsempfehlungen für drei verschiedene Themencluster zusammengetragen: Kandidatinnengewinnung, Arbeitsweise und Rahmenbedingungen in Parlamenten und Räten sowie Netzwerke und Empowerment. Fachliche Impulse brachten das Kommissionsmitglied Dr. Benjamin Höhne vom Institut für Parlamentarismusforschung und Bettina Praetorius ein, Vorsitzende des Vereins „Frauen aufs Podium“. Ergänzt wurden ihre Ausführungen durch einen Input von Susann Rührich, ehemals Mitglied des deutschen Bundestages und Co-Gründerin der Initiative „Eltern in der Politik“.

4. SITZUNG IM APRIL 2022 IN PRÄSENZ

Im Mittelpunkt stand die Ausarbeitung von Maßnahmen für die Themencluster Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Parteikulturen und -strukturen. Durch ein Impulsreferat des Kommissionsmitglieds Andrea Pankau vom Landesfrauenrat Sachsen e.V. wurden erste Ideen für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit eingebracht. Aus der politischen Parteipraxis berichteten Vertretende der sächsischen Landesverbände der Parteien.



1.

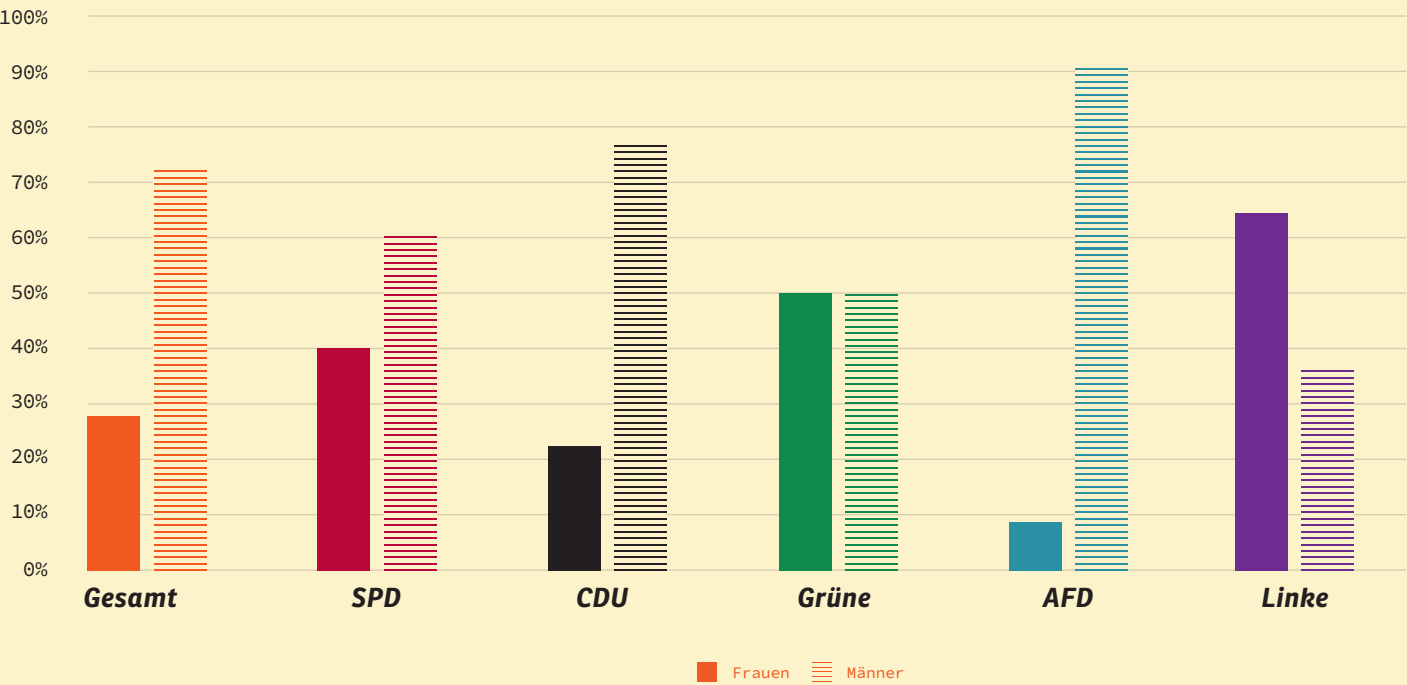
DATENGRUNDLAGEN

*Wie entwickelt sich die
Teilhabe von Frauen an
politischen Ämtern?*

ZAHLEN

ABGEORDNETE IM SÄCHSISCHEN LANDTAG (2019)

Quelle: Mitteldeutscher Rundfunk



86 der 119 Sitze im Sächsischen Landtag werden von männlichen Abgeordneten eingenommen. Der Anteil an Frauen liegt deutlich unter einem Drittel. In der alten Legislaturperiode lag der Anteil immerhin bei rund einem Drittel – von insgesamt 126 Abgeordneten waren damals 43 weiblich.



Quelle: Eigene Darstellung

257

FRAUEN IM 20.
DEUTSCHEN BUNDESTAG

=

34,9%



Auch der 20. Bundestag bleibt ein Parlament, das zu rund zwei Dritteln von Männern besetzt ist. Deutschland ist von Werten, wie sie in den skandinavischen Ländern erzielt werden, weit entfernt. Ein Charakteristikum der deutschen Situation bleibt der deutliche Unterschied zwischen den Parteien.



Dr.ⁱⁿ Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah ist Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden. Zuvor war die gelernte Industriekauffrau wissenschaftlich tätig.

BLOß KEIN DATENFRIEDHOF

Um zu wissen, wo es hakt, sind Zahlen und Studien unerlässlich. Außerdem geben sie Aufschluss darüber, wie sich mehr Geschlechtervielfalt erreichen lässt.

DAS THEMA DATENGRUNDLAGEN KLINGT ZUNÄCHST RECHT TROCKEN. WAS REIZT SIE DARAN?

Susanne Köhler: Ich habe mich für das Themencluster entschieden, weil es mir relativ leicht fällt, mit vielen Daten zu arbeiten – und weil an dieser Stelle auch die juristische Sicht sehr wichtig ist. Im Sinne der Parität zwischen Frau und Mann brauchen wir Daten, um festzustellen, wann eine so starke Ungleichbehandlung vorliegt, dass der Gesetzgeber reagieren muss. Um Parteienrechte oder Rechte der Gleichberechtigung abzuändern, muss im Vorfeld gut abgewogen werden – das verlangt das Bundesverfassungsgericht, ebenso wie andere Gerichte. Und dafür sind Daten essenziell. Wir brauchen lebendige Daten – heißt für mich: Synergieeffekte ausnutzen, Querverbindungen herstellen und regelmäßig die Aktualität überprüfen. Kann sich eine Frau also überhaupt vorstellen, sich auf das Amt in einem Stadtrat zu bewerben oder in einem Ortschaftsrat tätig zu werden? Warum? Warum nicht? Gibt es genug Kindergartenplätze? Welche Verkehrsverbindungen sind vorhanden? Das alles sagen uns Daten.

FRAU STANISLAW-KEMENAH, AUF WELCHEN BEREICH SOLLTEN WIR DEN FOKUS LEGEN?

Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah: Ich bin qua Amt Mitglied im Frauen- und Gleichstellungsausschuss des Deutschen Städtetages. Bereits Ende 2020 hat sich der Ausschuss in seiner Frühjahrsitzung mit dem Dritten Bundesgleichstellungsbericht beschäftigt, der sich mit geschlechtergerechter Digitalisierung auseinandersetzt. Das Thema wurde intensiv diskutiert: Arbeit verschwindet durch Digitalisierung nicht, aber sie verändert sich. Besonderes Augenmerk muss daher darauf gelegt werden, ob durch die Digitalisierung bestimmte Tätigkeiten auf- bzw. abgewertet werden und ob dies dann einem Geschlecht zugeschrieben wird. Der Digitalisierungsprozess muss mithilfe sozio-technisch orientierter Sichtweisen analysiert, bewertet und gestaltet werden. Im Hinblick auf die Geschlechterperspektive müssen vor allem die Zugänge und Nutzungsmöglichkeiten digitaler Technologien und Entscheidungsprozesse reflektiert werden. Das geht nur mit einer entsprechenden Datengrundlage.

Rechtsanwältin **Susanne Köhler** ist Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen e.V. Außerdem steht sie dem sächsischen Landesverband des Deutschen Juristinnenbundes e.V. vor.



WIE STELLEN SIE SICH IHRE AUFGABEN ALS PATINNEN VOR?

Susanne Köhler: Ich sehe mich als Ansprechpartnerin, um einzelne Probleme niedrigschwellig anzubringen. Zum Beispiel für kleine Initiativen, die bei konkreten Fragen Unterstützung brauchen. Zudem können wir als Mitglieder dieses Gremiums nicht alles wissen und sind deshalb auf den Austausch angewiesen. Das ist meine Vorstellung einer derartigen Arbeitsgruppe: Ich möchte gut erreichbar und offen sein für Wünsche und Ideen.

Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah: Eine solide Datenbasis ist auch Gegenstand der Maßnahmen des ersten Dresdner Gleichstellungsaktionsplanes und wird ebenso in dessen Fortführung eine wesentliche Rolle spielen. Dafür habe ich mich eingesetzt und werde es weiterhin tun, da Daten die faktische Ausgangsposition sowohl zu Handlungsansätzen bilden als auch als Anhaltspunkt für die jeweiligen Umsetzungsstände gelten. Diese grundsätzliche Überzeugung liegt auch meiner Patenschaft zum Themencluster Datengrundlagen zugrunde.

“
**IN UNTERNEHMEN HAT SICH GEZEIGT,
DASS DIVERSITÄT ZU ERFOLGEN
FÜHRT – DAS WIRD IN PARLAMENTEN
NICHT ANDERS SEIN.**

”

WIE SOLLTE DAS ERGEBNIS DER GEMEINSAMEN ARBEIT IN DER KOMMISSION AUSSEHEN?

Susanne Köhler: Wir brauchen ein Rechtsgutachten, das für Sachsen sowohl die Datenlage berücksichtigt als auch rechtliche Aspekte miteinander vergleicht. Ich erwarte von einem guten Gesetz, dass es gleiche Verhältnisse sichert und den Frieden unter den Menschen erhält. Es beschäftigt mich, dass wir in Sachsen an drittletzter Stelle stehen, wenn es um die Beteiligung von Frauen in den Landtagen geht. Das empfinde ich persönlich als ziemliches Manko. 2019 haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert – aber wir sind noch nicht den entscheidenden Schritt weiter. Die Gleichberechtigung hinkt. Es gibt weiterhin viel zu tun. Auch für die Belange des dritten Geschlechts und alternative Familienkonzepte sind die Datengrundlagen von größter Bedeutung. Es wäre natürlich wunderbar, in Sachsen ein Paritätsgesetz zu erleben. Es muss ein Umdenken darüber stattfinden, was Quote bedeutet und was sie bewirken kann. In Unternehmen hat sich gezeigt, dass Diversität zu Erfolgen führt – das wird in Parlamenten nicht anders sein.

Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah: Eine ausreichende Datenbasis unter Einbeziehung der Geschlechtervielfalt soll selbstverständlich Grundlage zur Erreichung tatsächlicher Geschlechtergerechtigkeit sein. Die Schaffung eines aktuellen Überblicks über die Frauenanteile in der sächsischen Kommunal- und Landespolitik – auch im Längsschnitt, mithin seit 1990 – ist deshalb unbedingt vonnöten. Auch, um Maßnahmen einzuleiten und Ziele zu stecken. Für dieses Anliegen braucht es Zähigkeit, Lust an der Auseinandersetzung und einen langen Atem. Ich denke, dass wir da gemeinsam auf einem guten Weg sind.

“
**DER DIGITALISIERUNGSPROZESS
MUSS MITHILFE SOZIO-TECHNISCH
ORIENTIERTER SICHTWEISEN ANALY-
SIERT UND BEWERTET WERDEN.**

”

DATENGRUNDLAGEN

Wie entwickelt sich die Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern?

Monitoring der Frauenanteile in der sächsischen Politik

Frauenanteile langfristig abbilden, um Entwicklungen zu beobachten.

Erfolge zu kontrollieren und weitere Maßnahmen einzuleiten.

Grundlage für das Vorgehen bilden die Merkmale der Datenerhebung. Ein erstes Monitoring soll spätestens nach den Kommunal- und Landeswahlen 2024 erfolgen. Falls für diese Datenerhebung erforderlich, wird die Schaffung einer **gesetzlichen Grundlage** geprüft.

Weiterentwicklung bundesweiter Daten zur politischen Betätigung von Frauen auf Kommunal- und Landesebene

Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern weiterentwickeln.

Erfolgsmodelle vorstellen und Handlungsbedarfe erkennen.

In der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren bzw. der Bundesstiftung Gleichstellung wird angeregt, die Erfahrungen aus Sachsen bei der differenzierten Datenerhebung in die Weiterentwicklung des Gleichstellungsatlas aufzunehmen.

Qualitative Studie zum Engagement von Frauen in Politik und Zivilgesellschaft in Sachsen

Strukturelle und gesellschaftliche Hindernisse für Engagement von Frauen sichtbar machen.

Handlungsbedarfe aufzeigen.

Um Rahmenbedingungen, Bedürfnisse und Erwartungen geschlechtergerechten Engagements in Sachsen zu erfassen, erfolgt eine **qualitative Befragung** von ehrenamtlich politisch oder zivilgesellschaftlich aktiven Frauen. Anhand regionaler Verteilung, Altersstrukturen, Bildungsverläufen, Lebenssituationen und beruflicher Bedingungen sollen spezifische Situationen und Bedarfe in Erfahrung gebracht werden. Im Rahmen der Studie werden Auswirkungen anderer Ehrenämter auf politische Tätigkeiten und die Hinderungsgründe politisch bislang inaktiver Frauen überprüft.

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

2.

NETZWERKE & EMPOWERMENT

*Das Mandat –
welche Unterstützung
brauchen Frauen?*

GEMEINSAM STATT GEGEN EINANDER

Als Landtagsabgeordnete steht Sarah Buddeberg für mehr Diversität in den Parlamenten und bringt außerdem die Belange nicht-binärer Personen ein.

WELCHE BEDEUTUNG HABEN NETZWERKE UND EMPOWERMENT IN DER POLITIK?

Sarah Buddeberg: Ich brenne für diese Themen, weil ich gerade bei Netzwerken ein Manko sehe. Frauen können aber selbst viel tun, um Verbesserungen zu erreichen. Wir sollten uns gegenseitig stärker vernetzen und empowern. Dahinter steht ein gewichtiger emanzipatorischer Gedanke, der einem gesellschaftlichen Trend widerspricht, denn Frauen treten schnell in Konkurrenz zueinander. Das ist den Strukturen geschuldet: Es ist immer nur Platz für „die Eine“, die „Quotenfrau“. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen. Wir müssen versuchen, Strukturen zu verändern, indem wir uns gegenseitig unterstützen. Das empfinde ich als eine sehr euphorisierende Idee.

Seit 2014 sitzt **Sarah Buddeberg** für DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Politisch aktiv war sie zudem in der Dresdner Kommunalpolitik, in verschiedenen Parteigremien und zivilgesellschaftlichen Vereinen.

WAS KÖNNEN SIE VERÄNDERN?

Sarah Buddeberg: Ich verstehe mich auch deswegen als Patin des Themenclusters, weil ich schon jetzt in meinem Umfeld Veränderungen angehe. Als Abgeordnete kann ich mein Wissen und meine Erfahrung an Kandidierende weitergeben. Im Sächsischen Landtag haben wir in der letzten Legislaturperiode mit einem interfraktionellen Frauen-Bündnis einen Anfang gemacht. Als weiblich gelesene Personen in der Politik sehen wir uns mit patriarchalen und sexistischen Strukturen konfrontiert. Der Versuch, sich dagegen zu wehren, wird nicht zwangsläufig bejubelt – auch von Frauen nicht. Ich möchte dafür sensibilisieren, neue und andere Netzwerke zu schaffen.

SIE MÖCHTEN AUCH DIE INTERESSEN NICHT-BINÄRER PERSONEN VERTRETEN – WAS BEDEUTET DAS?

Sarah Buddeberg: Wir leben in einer Gesellschaft, die binär aufgebaut ist, die also davon ausgeht, dass es nur Männer und Frauen gibt. In jeder Anrede – sei es in einem Brief von der Versicherung oder auf einem Podium – wird das deutlich. Ich gehöre zu den Menschen, die den wissenschaftlichen Aussagen folgen, dass es auch biologisch mehr als zwei Geschlechter und eine große Diversität gibt. Politik im 21. Jahrhundert muss sich endlich darauf einstellen. Am Beispiel der grünen Bundestagsabgeordneten Tessa Ganserer habe ich verfolgt, wie kompliziert das sein kann. Ich bewundere ihre Entscheidung, aus politischen Gründen ihren Personenstand nicht zu ändern, sondern selbst über ihre geschlechtliche Identität zu entscheiden – unabhängig von psychiatrischen und behördlichen Gutachten. Das finde ich sehr mutig. In der Politik geht es darum, die Gesellschaft abzubilden. Gerade mit Blick auf ein Paritätsgesetz müssen wir uns die Frage stellen, wie Menschen jenseits binärer Zuordnungen vertreten sind. Lösungen müssen zusammen mit den Selbstvertretungen gefunden werden. Es geht darum, mit Menschen zu sprechen – nicht über sie.

“

WIR MÜSSEN VERSUCHEN, STRUKTUREN ZU VERÄNDERN, INDEM WIR UNS GEGENSEITIG UNTERSTÜTZEN.

”

WELCHE ZIELE HABEN SIE SICH MIT DER KOMMISSION GESETZT?

Sarah Buddeberg: Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der das Geschlecht nicht darüber entscheidet, ob ein Mensch ernstgenommen wird. Ich wünsche mir, dass diese Frage für Beruf und Karriere irrelevant ist. Dass das Geschlecht für alle persönlich wichtig ist, steht außer Frage. Politisch zählt Chancengleichheit. Wenn mehr Frauen und nicht-binäre Personen in der Politik vertreten sein sollen, geht es mir nicht um Kosmetik – nicht allein darum, dass Sitze besetzt sind. Es geht um Lebenswirklichkeiten und ihre Vertretung. Es geht darum, wer mit welchem Wissen Entscheidungen trifft. Insgesamt wünsche ich mir ein Parlament, das diverser ist – im Hinblick auf alle Diskriminierungskategorien. Wir müssen schauen, wie Entscheidungsfindungen ablaufen, wie Mehrheiten entstehen, wie Zugangsvoraussetzungen und Hürden beschaffen sind. Diese Form der Netzwerkarbeit müssen wir professionalisieren und frühe Anknüpfungspunkte finden, um die Rahmenbedingungen für Entfaltung zu schaffen.

NETZWERKE & EMPOWERMENT

Das Mandat – welche Unterstützung brauchen Frauen?

Aufbau und Stärkung politischer Frauennetzwerke in Sachsen

Netzwerke sichtbar machen. Netzwerke knüpfen. Netzwerke unterstützen.

Eine **Info-Webseite** bündelt Tipps und Hinweise: Sie gibt eine **Übersicht** über bestehende Netzwerke, Initiativen, Vereine und Frauenorganisationen in den Landesverbänden der Parteien und der Zivilgesellschaft. Vermerkt ist jeweils eine Ansprechperson. Ein **Starter-Kit** mit Handlungsempfehlungen, To-Do-Listen, Checklisten und Info-Stellen soll die Netzwerkgründung erleichtern. Ein **Veranstaltungskalender** informiert über Treffen wie etwa Netzwerkabende. Es wird eine **Materialsammlung** als verstetigtes Informationsangebot bereitgestellt. Sie gibt einen Überblick über Daten, Rechtsgrundlagen und Verfahren von Kommunal- und Landtagswahlen, die Voraussetzungen für Kandidaturen und die Frauenanteile in kommunalen Räten und im Landtag. Zudem klärt sie über Förderungsmöglichkeiten für Projekte zur Stärkung und zum Aufbau von Netzwerken zur Förderung politischer und demokratischer Teilhabe sowie über das Vereinsrecht auf. Alle Informationen sind mehrsprachig und in leichter Sprache zugänglich. Analog werden sie in Form einer stets aktualisierten Broschüre zur Verfügung gestellt.

Netzwerktreffen vor Ort

Frauen mit Interesse an Politik und Ehrenamt zusammenbringen.

Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Filmabende und Buchvorstellungen geben parteiunabhängig **Input** zum Thema Frauen und Politik und stärken die Vernetzung, insbesondere in kleineren Gemeinden und Kommunen.

Überparteiliche Mentoring-Programme

Aktive stärken. Interessierte aktivieren.

Mentorinnen und Mentoren geben parteiunabhängig in regelmäßigen Treffen **Einblicke** in Arbeitsweise und Alltag in Parteien und politischen Gremien. Die Mentoring-Programme werden auf Zielgruppen unter Berücksichtigung von Alter, Familiensituation und bestehendem Engagement in Räten bzw. Politik angepasst.

Schülerinnenprogramm

Schülerinnen weiterführender Schulen für politische Arbeit gewinnen.

Lehrkräfte an Schulen werden bei der Gestaltung von **Projekttagen und -wochen** zum Thema Politik unterstützt, damit es ihnen besser gelingt, Schülerinnen für politische Arbeit zu interessieren. Unter Einbindung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung sensibilisieren **Workshops** Schülerinnen und Schüler für Gleichstellungsthemen in der Politik und zielen besonders auf die Aktivierung von Mädchen ab. Lehrende werden über die Möglichkeit zur Teilnahme an Sitzungen und Sprechstunden politischer Amtsträgerinnen und Amtsträger auf kommunaler und Landesebene informiert, dazu gibt es eine **Kontaktliste**. Landtags- und Stadtratsfraktionen, Ministerien und Verwaltung schaffen gezielt **Praktikumsplätze**. Veranstaltungen wie „Girls'Day“ und „Schau rein“ werden genutzt, um Mädchen für politische Arbeit zu interessieren.

Auszubildendenprogramm

Auszubildende in den Berufsschulen aktivieren.

Handwerkskammern werden eingebunden, um junge Frauen für Engagement und Politik zu begeistern. Workshops klären auf und sensibilisieren für Gleichstellungsthemen.

Studentinnenprogramm

Studentinnen aktivieren. Vernetzung stärken.

Um Studentinnen dazu zu motivieren, sich für Aktivitäten und Ämter zu bewerben, werden neben der Universität Leipzig weitere Universitäten und Hochschulen in Sachsen für das Studentinnenprogramm der EAF Berlin gewonnen und vernetzt. Die Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an sächsischen Hochschulen (LaKoG) wird als Gesprächspartnerin und Unterstützerin in die Vernetzung einbezogen.

Bildungsoffensive

Erreichen aller Frauen. Niedrigschwelligen Zugang für Frauen in die Politik bieten.

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Volkshochschulen, das Kommunalpolitische Forum e.V. und politische Stiftungen kommen als Kooperationspartner infrage, um niedrigschwellig Frauen in allen Teilen der Gesellschaft zu erreichen. Informationen und Unterstützungsangebote werden zur Verfügung gestellt.

Maßnahme
Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme
Ziele

Konkretisierung

Maßnahme
Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme
Ziele

Konkretisierungsvorschlag

3.

SENSIBILISIERUNG & ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

*Wie können die
Vorteile von Vielfalt in
der Politik vermittelt
werden?*

ERFAHRENE MENTORINNEN



Marion Prange ist Bürgermeisterin von Ostritz (Sachsen). Nach zwei Amtszeiten hört sie auf, unterstützt aber eine junge Nachfolgerin bei deren Kandidatur.

In keinem deutschen Parlament sind Frauen und Männer entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung vertreten. Öffentlich debattiert wird über diese fehlende politische Parität wenig – noch.

SIE SIND PATINNEN FÜR DAS CLUSTER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND SENSIBILISIERUNG. WARUM?

Andrea Pankau: Wir wollen Initiativen und Engagierte aus allen sächsischen Landkreisen an einen Tisch bringen. Wir haben ja alle das gleiche Ziel – und das müssen wir gemeinsam angehen. Mit dem Landesfrauenrat habe ich Erfahrungen gesammelt, die ich mit anderen teilen möchte. Da wäre zum Beispiel eine sachsenweite Kampagne gegen Gewalt gegenüber Frauen, die vor einigen Jahren sehr erfolgreich lief: mit einem Kino-Spot, Plakaten in öffentlichen Einrichtungen und dem ÖPNV – nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Wir haben in zehn Tagen über 60 Veranstaltungen gestemmt. Mit einer Petition haben wir die Gründung eines Frauenschutzhauses im Erzgebirge angeregt, was uns letztendlich auch gelungen ist. Mir sind konkrete Ergebnisse wichtig. Deshalb lege ich auch in der Fachkommission Wert darauf, nach zwei Jahren zurückzuschauen: Was haben wir bewirkt?

Marion Prange: Parität und Gleichstellung waren für mich immer eine Selbstverständlichkeit. Und ich habe früh erkannt, dass ich Menschen begeistern kann. Ich hatte den Mut, Verantwortung zu übernehmen und auch das große Glück, dass mein Mann, meine Familie und mein Freundeskreis meinen beruflichen Werdegang mittragen. Mir ist bewusst geworden, wie wichtig es ist, politische und persönliche Erfahrungen als Mentorin weiterzugeben: Wie kann ich auf bestimmte Themen und Krisen aufmerksam machen? Wie können wir Frauen zusammenführen und auf den gleichen Informationsstand bringen? Und wie können wir Interessen zum Vorteil aller bündeln? Wir wollen aber nicht nur darüber nachdenken, wie wir die Frauen zum politischen Engagement motivieren, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Männern suchen. Was können sie dazu beitragen, dass Frauen Möglichkeiten ergreifen und sich Freiheiten nehmen?



Andrea Pankau leitet die Geschäftsstelle des Landesfrauenrates Sachsen e.V. Zuvor war sie unter anderem als Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens tätig.

WAS WOLLEN SIE GANZ PRAKTISCH TUN?

Andrea Pankau: Wir haben vor, den Frauen einen Leitfaden zur Kandidatur an die Hand zu geben und sie über Voraussetzungen, Pflichten, Fristen aufzuklären. Die Frauen sollen gebrieft werden.

Marion Prange: Ich möchte öffentlichkeitswirksam bekannt machen, welche Barrieren Frauen auf dem Weg in die Politik überwinden müssen. Ich kann mir dazu gut ein Format vorstellen, in dem Frauen ihre Erfahrungen teilen. Viele Frauen wissen zudem nicht, was es bedeutet, ein politisches Amt inne zu haben. Welche Aufgaben haben beispielsweise eine Bürgermeisterin, eine Landrätin oder eine Ortschaftsrätin? In der Kommunalpolitik sind wir am nächsten an den Menschen dran und haben eine vermittelnde Position.

WAS TREIBT SIE IN IHRER ARBEIT AN?

Andrea Pankau: Ich bin gut mit der Parteipolitik vertraut und habe gemerkt, dass Frauen wenig Mitspracherecht haben. Ich habe verschiedene Positionen durchlaufen und bin bis heute sehr aktiv in einer Frauenvereinigung. Meine Erfahrung ist: Wir werden wahrgenommen, aber wir werden ausgebootet und ausgegrenzt. Ich habe lange gekämpft und im Landesfrauenrat eine überparteiliche Heimat gefunden, um mich explizit für Frauen einzusetzen.

Marion Prange: Wir leben in einer Demokratie und das Grundgesetz legt die gleichberechtigte Teilhabe fest. Frauen bedienen ganz andere Themenfelder als Männer, die unbedingt repräsentiert sein müssen. Ich habe genauso die Erfahrung gemacht, nicht gehört, unterbrochen oder durch Störungen provoziert zu werden. Es wird immer wieder ausgelotet: Wie weit kann ich gehen? Die Herausforderung ist es in solchen Momenten, ruhig und besonnen zu bleiben, sich ganz klar zu positionieren und trotzdem sachlich zu bleiben. Das kann man lernen. Frauen beschreiten mutig neue Wege und schmieden ungewöhnliche Allianzen. Und sie hinterfragen, was in männlichen Strukturen lange unangetastet bleibt. Das müssen wir den Frauen bewusst machen und ihnen dabei helfen, Unsicherheiten und Zurückhaltung zu überwinden.

WAS MÖCHTEN SIE FRAUEN AUF DEM WEG IN DIE POLITIK MITGEBEN?

Andrea Pankau: Wir möchten sie informieren – über die schönen und negativen Seiten. Aber der positive Aspekt soll überwiegen. Wir möchten zeigen, dass dieser Weg mit Herzblut zu gehen ist und jede Frau in ein Amt hineinwachsen kann. Wir möchten Frauen Ängste nehmen und zeigen: Es ist zu schaffen.

Marion Prange: Es gibt einfach noch zu wenig weibliche Vorbilder. Und in so einem Amt ist es wichtig, authentisch und glaubwürdig zu bleiben, nah an den Menschen zu sein und Freiräume zur Mitgestaltung zu geben. Ziel muss sein, Barrieren abzubauen. Frauen werden öffentlich zu wenig für ihr Engagement und ihren Mut geehrt. Es muss mehr anerkannt werden, was wir leisten.

“
**WIR WOLLEN NICHT
NUR DARÜBER
NACHDENKEN, WIE
WIR FRAUEN ZUM
POLITISCHEN
ENGAGEMENT
MOTIVIEREN,
SONDERN AUCH DIE
ZUSAMMENARBEIT
MIT DEN MÄNNERN
SUCHEN.**

”

“
**WIR WERDEN WAHRGENOMMEN,
ABER WIR WERDEN AUSGEBOOTET
UND AUSGEGRENZT. ICH HABE
LANGE GEKÄMPFT UND IM LANDES-
FRAUENRAT EINE ÜBERPARTEILICHE
HEIMAT GEFUNDEN.**

”

SENSIBILISIERUNG & ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wie können die Vorteile von Vielfalt in der Politik vermittelt werden?

Kampagne zur Sensibilisierung und Mobilisierung

Frauen für kommunale Wahlämter begeistern. Gesellschaft für Bedeutsamkeit der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen sensibilisieren.

Die großflächig und langfristig angelegte Kampagne soll vorrangig Frauen im ländlichen Raum erreichen über Social Media, Plakate, regionale Wochenzeitungen, Kinowerbung und Werbeflächen im öffentlichen Personennahverkehr. Auch **außergewöhnliche Medien** wie Bierdeckel, Popcornütten oder Brötchentüten bieten sich an.

Aktive aus Kultur, Politik und Sport sollen ebenso eingebunden werden wie die Volkshochschulen, um bedarfsgerecht Angebote zu machen und einen gemeinsamen, breit angelegten **Veranstaltungskalender** zu erstellen.

Die Kampagne soll auch dazu dienen, stereotype Zuweisungen in der Politik bewusst aufzubrechen. Um Männer explizit als Unterstützer zu gewinnen, werden diese gezielt adressiert.

Offensive gegen Sexismus und Frauenfeindlichkeit in der Politik

Hate-Speech, Frauenfeindlichkeit, Sexismus und sexuelle Übergriffe bekämpfen und verhindern. Unterstützung Betroffener. Aufklärung und Sensibilisierung.

Eine breit angelegte Kampagne macht **Erfahrungsberichte** betroffener Politikerinnen sichtbar. Sie berichten von Übergriffen, Anfeindungen und Abwertungen aufgrund des Geschlechts durch die politische Konkurrenz, aber auch aus der Bevölkerung. Begleitend schulen Handlungsempfehlungen im Umgang mit Sexismus.

Intern bestimmen Parteien und Gremien **Vertrauenspersonen**, die bei Nöten und Problemen angesprochen werden können. Auch in Rathäusern und dem Landtag werden Anlaufstellen geschaffen. In Sitzungen und auf Veranstaltungen steht ein **Awareness-Team** bzw. eine Awareness-Person zur Verfügung. Versammlungsleitungen werden in Bezug auf Sexismus und Frauenfeindlichkeit geschult.

Die Kampagne läuft über klassische Medien wie Flyer, Postkarten, Plakate, Presse, Social Media und Videoclips.

Sächsischer Wahl-O-Mat für Gleichstellungsthemen zu Landtagswahlen

Wählerinnen und Wählern einen unabhängigen Service bieten und zur Berücksichtigung von Gleichstellungsthemen in Landeswahlprogrammen informieren.

Nach dem Vorbild des **Online-Wahltools** „Wahltraut“ der Initiative #stattblumen wird ein speziell auf die sächsische Parteienlandschaft abgestimmter Wahl-O-mat zum Thema Gleichstellung erstellt.

Veranstaltungsreihe in sächsischen Gemeinden

Vernetzung und Aktivierung von Frauen über kulturelle Veranstaltungen erwirken. Aufmerksamkeit auf das Thema „Frauen in der Politik“ lenken.

In Zusammenarbeit mit den Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten stellen Veranstaltungen wie Filmvorführungen oder Lesungen **namhafte Frauen aus der Politik** – insbesondere im Osten Deutschlands – vor. Gerahmt werden die Angebote von Podiumsdiskussionen mit aktiven Frauen aus Gemeinde und Landkreis. Lokale und regionale Projekte und Netzwerke präsentieren Best Practice-Beispiele. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, sich vor Ort weiter zum Thema zu informieren.

Ausschreibung eines sächsischen Preises für herausragende Kommunal- bzw. Landespolitikerinnen und/oder erfolgreiche Projekte zur Aktivierung und Unterstützung von Frauen

Sichtbar machen. Vorbilder geben. Aufmerksamkeit für Politikerinnen fördern.

Ein Preis macht wichtige **weibliche Vorbilder** sichtbar, die öffentlichkeitswirksame **Preisverleihung** bietet eine Gelegenheit zur Vernetzung.

Impulskampagne vor Kommunal- und Landtagswahlen

Motivationskick für Frauen zur Bewerbung um Mandate.

Mit einer **pointierten Kampagne** zum Start der Einreichungsphase von Bewerbungen um Mandate werden Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen über Voraussetzungen, Verfahren und Fristen für ein Amt in Kommunal- und Landespolitik informiert, um sie parteiübergreifend und -unabhängig für Kandidaturen zu motivieren. Dabei werden **Role-Models** genutzt und **außergewöhnliche Möglichkeiten einer Kandidatur** wie zum Beispiel die sogenannte Frauenwahlliste aufgezeigt. Die Sächsische Frauenwoche dient als Plattform zur Ansprache.

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

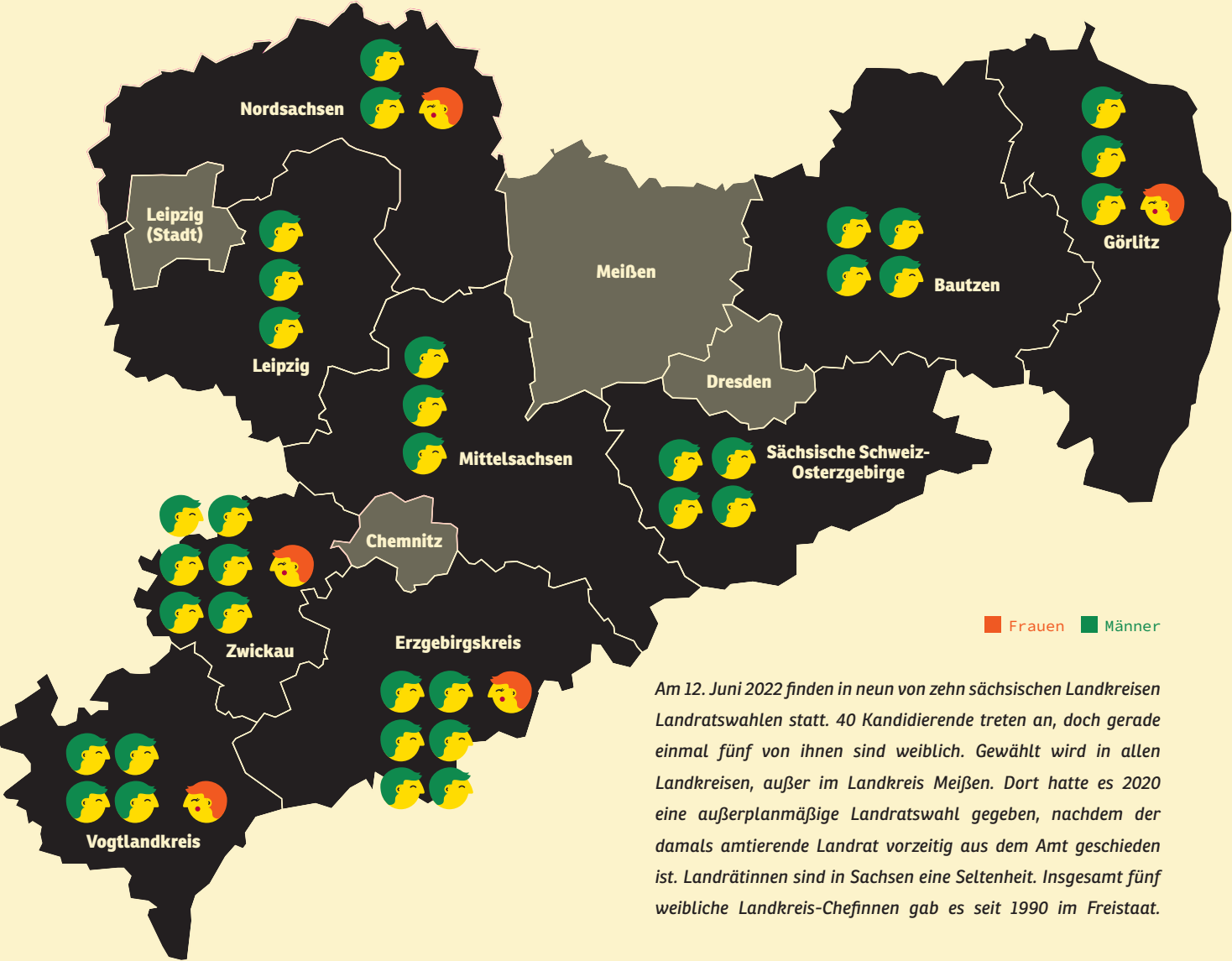
Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

ZAHLEN

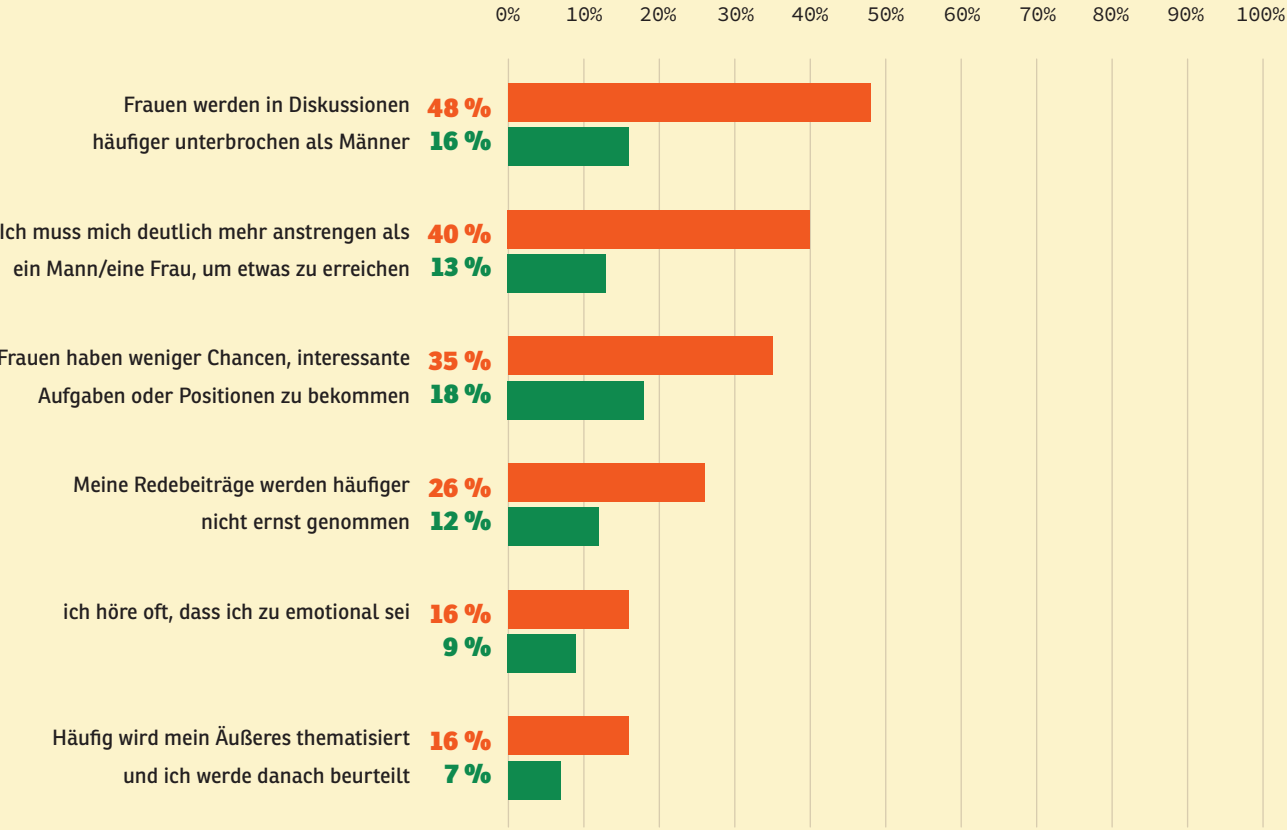


GESCHLECHTERVERTEILUNG KANDIDIERENDE LANDRATSWAHLEN SACHSEN 2022

Quelle: MDR Sachsen

WELCHE NEGATIVEN ERFAHRUNGEN HABEN SIE IN DER POLITIK GEMACHT?

Quelle: Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen – Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien, Helga Lukoschat und Renate Köcher, 2021.



Bei negativen Erfahrungen in der politischen Arbeit zeigen Studien signifikante Unterschiede, zum einen was die Erwartungen an die eigene Leistung angeht, zum anderen in Bezug auf Chancengerechtigkeit und Debattenkultur. 40 Prozent der befragten Frauen sind beispielsweise überzeugt, dass sie deutlich mehr leisten müssen als männliche Kollegen, um etwas zu erreichen.

Frauen Männer

4.

KANDIDATINNEN- GEWINNUNG

*Welche Wege führen
ins politische Amt?*



In seiner Doktorarbeit hat **Dr. Benjamin Höhne** innerparteiliche Rekrutierungsprozesse analysiert und wurde dafür mit dem Wissenschaftspreis des Bundestages ausgezeichnet.

Elisabeth Stremlau hat 25 Jahre Erfahrung als Kommunalpolitikerin und Bürgermeisterin der Stadt Dülmen (Nordrhein-Westfalen). Heute stärkt sie Frauen auf dem Weg in die Politik.



PRAXIS TRIFFT WISSENSCHAFT

Einer größeren Repräsentanz von Frauen in der Politik stehen auch innerparteiliche Logiken im Weg. Wie lässt sich die Attraktivität für Ämter und Mandate erhöhen?

WARUM SIND FRAUEN IN DER POLITIK UNTERREPRÄSENTIERT?

Benjamin Höhne: Es ist ein generelles Phänomen westlicher Demokratien, dass sie patriarchalisch entstanden sind und Frauen um ihre politischen Rechte kämpfen mussten. Auch wenn schon viel erreicht wurde, können wir uns nicht ausruhen und auf Erreichtes zurückblicken. Wir sind an vielen Punkten sehr weit entfernt von einer für alle Menschen gleichermaßen gut zugänglichen Politikmitgestaltung. Die erste große Hürde auf dem Weg ins Parlament ist der Parteibeitritt. Und es schließt sich unmittelbar die Frage an: Bleibt ein Neumitglied in der Partei oder wirft es entnervt wieder das Handtuch, weil es sich zum Beispiel nicht ausreichend angenommen fühlt oder es nicht attraktiv erscheint, mit fortgeschrittenen Semestern über Satzungsfragen zu streiten? Sind diese Hürden erstmal genommen, bedeutet eine dauerhafte Parteimitgliedschaft jedoch längst noch nicht, dass später ein Parlamentsmandat übernommen werden kann.

Elisabeth Stremlau: Die Kommunalpolitik ist häufig noch ein männerdominiertes Feld, es sind nur bestimmte Berufsgruppen vertreten. So finden sich wenig Freiberufler in einem Kommunalparlament. Für junge Frauen wirkt es nicht besonders attraktiv, sich dieser Prozedur zu unterziehen und sich einzubringen. Wenn ich ein Ratsmandat habe, bedeutet das lange, fordernde Sitzungsstaffeln in den Abendstunden – alles im Ehrenamt. Und nebenbei habe ich vielleicht noch einen Job, eine Familie. Das ist eine Riesenaufgabe und schreckt viele ab. Ein politisches Amt auszuüben, geht noch weit über die berühmte Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus. Ich höre von Frauen oft den Satz: „Ich traue mir das nicht zu.“ Zwar hat sich der Frauenanteil in den Jahren verbessert, aber er entspricht längst nicht unseren Vorstellungen.

“
**WESTLICHE
DEMOKRATIEN SIND
PATRIARCHALISCH
ENTSTANDEN.
FRAUEN MÜSSEN BIS
HEUTE UM IHRE
POLITISCHEN RECHTE
KÄMPFEN.**
”

WAS SIND IHRE IHRE AUFGABEN ALS PATIN UND PATE DES THEMENCLUSTERS?

Benjamin Höhne: Mir geht es darum, mit meiner wissenschaftlichen Erfahrung zur Versachlichung von politischen Debatten beizutragen. Diskussionen und Reformvorschläge möchte ich mit wissenschaftlichen Studien abgleichen und bewerten: Welche Maßnahmen sind wirksam? Welche haben sich als weniger wirksam erwiesen? Kurzum: Ich möchte wissenschaftliche Befunde in die Beratungen einbringen.

HERR HÖHNE, WIE FUNKTIONIEREN REKRUTIERUNGSPROZESSE?

Benjamin Höhne: Die Forschung zur politischen Rekrutierung möchte wissen, wie Parteien ihr Personal gewinnen. Wie aktivieren sie Menschen, den langen Weg der parteipolitischen Kapitalakkumulation zu gehen, um irgendwann so professionell aufgestellt zu sein, dass sie parlamentarische Verantwortung übernehmen können? Betrachtet werden nicht nur die Parteimitglieder mit dem Interesse an einer Kandidatur, sondern auch die mächtigen Selektorinnen und Selektoren und idealerweise die Parteibasis. Beide Gruppen wollen am Ende von der jeweiligen parlamentarischen Eignung überzeugt werden.

Elisabeth Stremlau: Ich sehe meine Aufgabe darin, immer wieder zu mahnen und auf die Tatsachen in der Praxis zu verweisen. In meinem „ersten Leben“ war ich Lehrerin und habe mich der Mädchenarbeit gewidmet. Ich habe versucht, meine Schülerinnen zu selbstbewussten Frauen zu erziehen. In der Kommunalpolitik war ich insgesamt 25 Jahre und habe dort gesehen, wie gering der Frauenanteil ist – ein Bereich, der immer noch als Ehrenamt ausgeübt wird. Zwar bekommt man eine Aufwandsentschädigung, aber es unterscheidet sich natürlich auch in Bezug auf die Anerkennung von einem Mandat in einem Landtag oder Bundestag. Elf Jahre lang war ich hauptamtliche Bürgermeisterin. All diese Erfahrungen kann ich einbringen.

WELCHE ZIELE HABEN SIE SICH GESTECKT?

Benjamin Höhne: Das große Ziel, das uns in diesem Gremium eint, ist ein höherer Frauenanteil in der sächsischen Politik. Dorthin gibt es verschiedene Wege. Dies muss nicht nur eine gesetzlich vorgeschriebene Parität sein, sondern es braucht ebenso Verbesserungen an der Basis, das heißt: Maßnahmen von oben und von unten. Wenn diese gut miteinander verknüpft werden, auch um unterschiedlichen Herausforderungen möglichst passgenau begegnen zu können, kann am Ende eine höhere Präsenz von Frauen erreicht und damit die gesellschaftliche Anerkennungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie im Freistaat verbessert werden.

Elisabeth Stremlau: Frauen stark zu machen und zu ermutigen, begleitet mich mein ganzes Leben. Frauen und Männer sind eben verschieden – glücklicherweise. Erst im gemeinsamen Arbeiten entwickeln sich gute Ideen und Ansätze für unsere Gesellschaft. Ein ausgewogenes Miteinander halte ich für unerlässlich. Kommunalparlamente sind Orte, wo viel entschieden wird: wie eine Stadt wächst, wie sie sich entwickelt, wie viel Wert sie auf Bildung und Kinderbetreuung legt. In Anbetracht dessen würde ich mir sehr wünschen, dass Frauen mehr vertreten sind.

Benjamin Höhne: Ein demokratisches System kann sich nur dann aufrechterhalten, wenn ihm ausreichend Legitimation zugesprochen wird. Für seine Anerkennungsfähigkeit ist es wichtig, dass die Gesellschaft möglichst plural in Parlamenten abgebildet wird, wobei sich vortrefflich darüber streiten lässt, welche Gruppen dies sein sollen. Außerdem kann sich dadurch auch die substantielle Repräsentation verbessern, das heißt: Für wen wird Politik eigentlich gemacht? Es gilt, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen, auch Diskriminierungserfahrungen. Frauen stehen da an erster Stelle, weil sie traditionell eine Minderheit in der politischen Repräsentation sind – zumal die größte.

“
**EIN POLITISCHES
AMT AUSZÜBEN,
GEHT WEIT ÜBER DIE
VEREINBARKEIT VON
FAMILIE UND BERUF
HINAUS. ICH HÖRE
VON FRAUEN OFT DEN
SATZ: „ICH TRAUE
MIR DAS NICHT ZU.“**
”

WELCHE PERSPEKTIVEN GIBT ES FÜR DIE TEILHABE VON FRAUEN IN DER POLITIK? UND WIE STEHEN MÄNNLICHE KOLLEGEN DAZU?

Elisabeth Stremlau: Wir müssen einerseits schauen, was bei den Parteien besser laufen kann. Die Fraktionen sind gefordert, Formate zu entwickeln, die für junge Frauen attraktiv sind. Dazu könnten variable Sitzungsbeginne, Kinderbetreuung und digitale Sitzungen gehören. Und es wäre sinnvoll, Schülerinnen und Studentinnen schon auf die politische Arbeit bzw. auf ein politisches Mandat vorzubereiten. Wir liegen aktuell bei neun Prozent Bürgermeisterinnen: Ich würde zu gern erleben, dass wir bei 50 Prozent landen.

KANDIDATINNEN-GEWINNUNG

Welche Wege führen ins politische Amt?

Maßnahme
Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahmenpaket für Parteien

Impulse für Parteien und Landesverbände geben. Rahmenbedingungen für Frauen in Parteien verbessern.

Ein Maßnahmenpaket soll es interessierten Parteien erleichtern, Frauen gezielt anzusprechen und zur Mitarbeit zu motivieren. Dazu wird eine Broschüre erarbeitet. Diese enthält **Informationsmaterialien** zur Sensibilisierung, zum Beispiel zu attraktiven Rahmenbedingungen für Frauen oder Bedarfen in verschiedenen Lebenslagen, zu Unterschieden zwischen städtischem und ländlichen Raum sowie der Wirkung von Sprache. Ebenfalls Teil der Broschüre sind **Checklisten**, zum Beispiel zur Sexismus-Prävention oder familienfreundlicher Parteiarbeit.

Weiterhin inspiriert eine **Ideensammlung** mit spezifischen Angeboten wie Workshops und Mentoringprogrammen zur Aktivierung weiblicher Mitglieder und verweist auf Orte bzw. Verbände, in denen parlamentarische Seiteneinsteigerinnen sowie mögliche Multiplikatorinnen gewonnen werden können. Außerdem soll die Ideensammlung zum gezielten Austausch mit Frauenbündnissen zum Beispiel in Wirtschaft und Verwaltung anregen und zu **geschlechtergerechter Sprache** aufklären.

Informationsoffensive zu politischer Arbeit auf Kommunal- und Landesebene

Parteiübergreifend Wissen vermitteln. Zugangshürden abbauen. Interesse wecken.

Wie komme ich in den Stadtrat/Gemeinderat/Kreistag/Landtag? Welche Aufgaben haben Bürgermeisterinnen, Landrätinnen und Mandatsträgerinnen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene? Zu diesen Fragen wird ein zielgruppenorientierter **Leitfaden** als Handreichung erstellt, um Möglichkeiten der Mitarbeit bzw. Kandidatur mit und ohne Parteizugehörigkeit darzustellen.

Diese Informationen werden auch auf der **Webseite** zu Frauennetzwerken in Sachsen (siehe Cluster 2) zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wird das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. bekannt gemacht und kommt als Kooperationspartner infrage, zum Beispiel indem es Workshops und Schulungen anbietet und durchführt.

Ein **Newsletter** für die Parteien sorgt für eine stetige Wissensvermittlung und Sensibilisierung zur Aktivierung von Frauen für politische Ämter. Dieser bietet regelmäßig Informationen zu den Rahmenbedingungen politischer Arbeit, setzt Impulse und informiert über Unterstützungsangebote sowohl für die Frauen als auch die Parteien.

Fachkonferenz „Chancengerechtigkeit in Prozessen zur Kandidatinnengewinnung für politische Mandate und Ämter“

Wissen vermitteln. Fachaustausch ermöglichen. Transparenz schaffen.

Vertreterinnen und Vertreter aus Parteien, parteinahen Stiftungen, Sozial- und Politikwissenschaft tauschen sich in einer Fachkonferenz aus. Der Prozess wird von einer wirksamen **Öffentlichkeitsarbeit** begleitet. Die Ergebnisse werden einerseits hinsichtlich Sensibilisierungsmaterialien für Parteien und andererseits bezüglich Informationsmaterialien für die Öffentlichkeit bzw. gezielt für Frauen aufbereitet. Aus den Erkenntnissen der Fachkonferenz werden **Handlungsempfehlungen** für Parteien entwickelt.

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

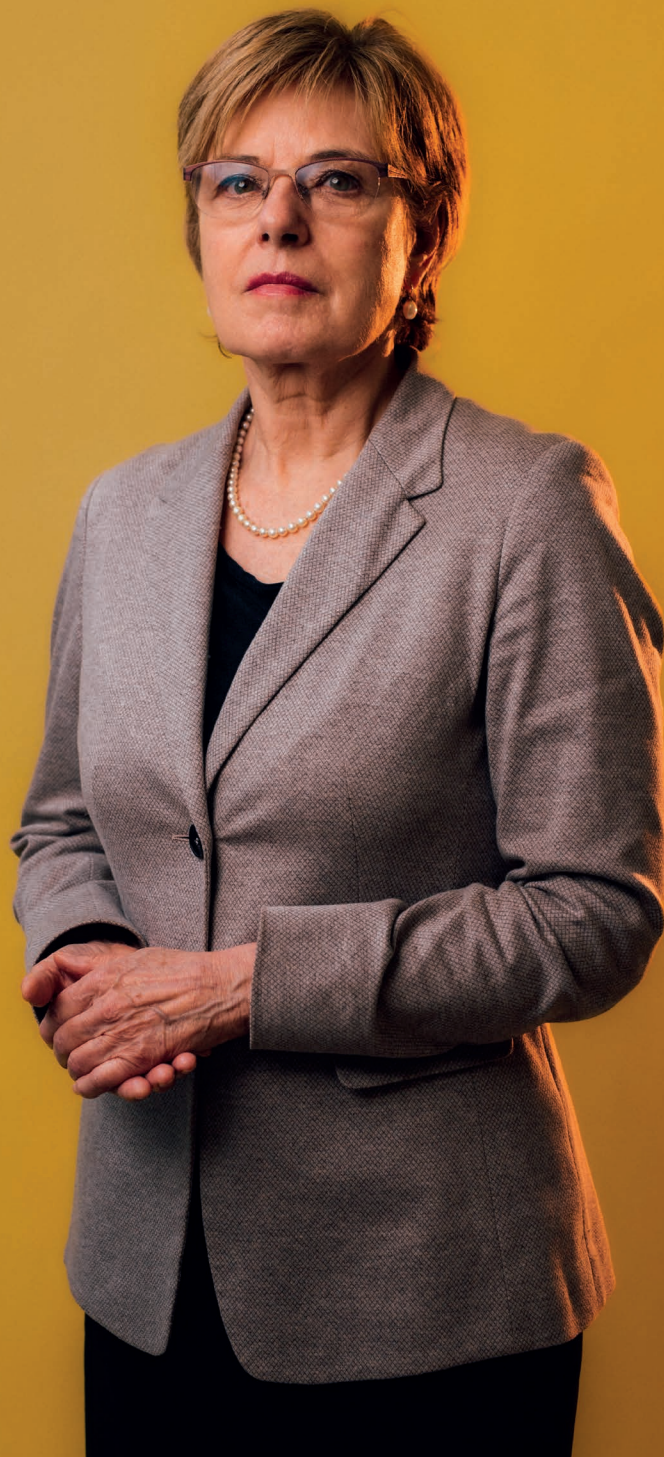
5.

PARTEIKULTUREN UND -STRUKTUREN

*Wie können Parteien
und Mandatsträgerinnen
bzw. Mandatsträger
Frauen in Haupt- und
Ehrenamt unterstützen?*

VERSTEHEN. VERMITTELN. VERÄNDERN.

Helga Lukoschat ist Vorsitzende der EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft). Mit ihrer Forschung liefert sie der Fachkommission eine wichtige Grundlage für deren Arbeit.



WARUM IST GERADE DIE KOMMUNALPOLITIK SO UNATTRAKTIV FÜR FRAUEN?

Helga Lukoschat: Ein solches Ehrenamt ist zeitaufwendig und verlangt gerade Frauen oft einen dreifachen Spagat zwischen Familie, Beruf und Engagement ab. Pro Woche müssen im Schnitt zwischen zehn bis 20 Stunden aufgewendet werden. Das muss man sich leisten können – zeitlich und finanziell. Die Aufwandsentschädigungen variieren je nach Bundesland, sind aber insgesamt nicht üppig. Deshalb sind Frauen in der Kommunalpolitik nochmal mehr unterrepräsentiert als auf Bundes- und Landesebene. Zudem wirkt die männlich geprägte Kommunikation auf viele Frauen abschreckend. Das zeigen auch unsere Studien.

SEHEN SIE NOCH ANDERE SCHWIERIGKEITEN?

Helga Lukoschat: Kommunalpolitik muss insgesamt attraktiver werden. Die vielen bürokratischen Abläufe engen die Spielräume zur Ausgestaltung des Mandats oft ein. Frauen sind aber gerade an der konkreten Gestaltung interessiert, um Initiativen oder Projekte vor Ort zu besuchen und zu unterstützen. Häufig bleibt dafür kein Raum. Lösungsansätze könnten flexible Sitzungszeiten mit professioneller Leitung, die Übernahme von Betreuungs- und Fahrtkosten bzw. ausreichende Aufwandsentschädigungen oder mehr Möglichkeiten zu digitalen Sitzungen und digitaler Bearbeitung von Unterlagen sein.

WIE WOLLEN SIE IHRE EXPERTISE ALS PATIN EINBRINGEN?

Helga Lukoschat: Als Akademie haben wir viele Bezüge zu Sachsen – zum Beispiel ein Empowerment-Programm für Studentinnen, an dem auch die Universität Leipzig beteiligt ist. Es bringt ihnen nahe, dass politisches und soziales Engagement eben auch in der Kommunalpolitik passiert und dass es sich lohnt, sich dort zu engagieren. Häufig ist nicht bekannt, wie sich der Weg in Stadt- und Gemeinderäte überhaupt gestaltet. Viele Teilnehmerinnen spiegeln uns, dass Berührungsängste abgebaut werden konnten. Etliche sind in Parteien eingetreten. Das ist wertvolle demokratische Basisarbeit bei einer spannenden Zielgruppe.

WIE KÖNNEN VERÄNDERUNGEN AUSSEHEN?

Helga Lukoschat: Die Kommunalpolitik sollte zu einem starken Feld der Mitgestaltung werden. Das Stichwort Selbstwirksamkeit halte ich in der heutigen Zeit für zentral: Ob Ukraine-Krieg oder Klimakrise, Bürgerinnen und Bürger fühlen sich oft wie Rädchen im großen Getriebe. Doch eben bei solchen Themen ist es möglich, sich mit anderen zusammenzutun und zu handeln. Wir lernen, unterschiedliche Interessen auszuloten und Kompromisse zu finden. Das sind basale Dinge für die Demokratie. Die Anliegen der Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung von Vielfalt müssen sich hierin verweben. Letztlich steigert es die Qualität von politischen Entscheidungen, wenn unterschiedliche Sichtweisen einfließen und bisher ungehörte Stimmen Gehör finden.

WANN IST MIT ERSTEN ERFOLGEN ZU RECHNEN?

Helga Lukoschat: Ich hoffe, dass sich in den nächsten zwei bis fünf Jahren etwas tut. Doch es hängt davon ab, wie klug sich die politischen Akteure – die Parteien, die Kommunalverwaltungen zum Beispiel – verhalten und ob sie die bereits skizzierten Themen mit einem klarem Commitment und Veränderungswillen angehen. Handlungsdruck besteht durchaus. Viele der Probleme, die wir hatten und haben – von Klima bis Integration – sind vor Ort zu lösen. Das hat das Bewusstsein für die Bedeutung von Kommunalpolitik geschärft. Im Raum stehen weiterhin Paritätsgesetze, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu sichern. Klar ist allerdings auch, dass man nicht einfach einen Hebel umlegt, sondern dass es sich um Reformen und einzelne Schritte handelt. Was mich zuversichtlich stimmt, ist, dass es in Großstädten bereits gelungen ist, mehr Frauen zu beteiligen.

Dr.ⁱⁿ Helga Lukoschat promovierte über Frauen in Führungspositionen und bringt sich seit langem in internationale Projekte zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen ein.

PARTEIKULTUREN UND -STRUKTUREN

Wie können Parteien und Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger Frauen in Haupt- und Ehrenamt unterstützen?

Überparteiliches Austauschformat zur Frauenförderung und Gleichstellung in Parteien

Wissen überparteilich austauschen. Gemeinsame Probleme identifizieren. Zusammen Lösungen finden.

Um Frauen in allen Parteien gleichermaßen zu fördern und gleichzustellen, wird ein übergreifendes **Frauennetzwerk** aufgebaut. Parteivertretende planen dazu regelmäßige **Vernetzungstreffen**, in die auch Männer einbezogen werden. Umgesetzte Maßnahmen und ihre Wirksamkeit werden regelmäßig ausgewertet und diskutiert. So werden Hürden abgebaut, das Interesse von Frauen an der Kommunalpolitik gestärkt und Rahmenbedingungen optimiert.

Überparteiliche Informationsformate zu Beteiligungsmöglichkeiten

Politikinteressierten Frauen Wissen und Erfahrungen vermitteln.

Parteiübergreifend informieren **Netzwerke und Ansprechpersonen** über politische Gremien und Strukturen, Beteiligungsmöglichkeiten und -prozesse. In **Workshops und Gesprächsrunden** zum Thema politische Strukturen und Vereinbarkeitsfragen werden Frauen darin bestärkt, ein Amt ausfüllen zu können. Kooperationen kommen hier mit dem Kommunalpolitischen Forum e.V. und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung infrage. Die Veranstaltungen werden auf einer Internetseite und via Social Media öffentlich gemacht und begleitet. Insbesondere sollen Mädchen und junge Frauen über Kampagnen wie „Schau rein“ oder den „Girls'Day“ zu Parteiver-sammlungen eingeladen werden, um Kontakt herzustellen, Wissen zu vermitteln und zu bestärken.

Sexismus und sexistische Übergriffe verhindern

Betroffenen helfen. Aktive sensibilisieren. Bewusstsein schaffen.

Übergriffiges Verhalten wird klar definiert. Verantwortliche in Parteiverbänden erhalten eine Schulung, sind an-sprechbar bzw. intervenieren. Zusätzlich steht ein Awareness-Team bzw. eine Awareness-Person zur Verfügung. Auch das Erarbeiten und Beschließen von Richtlinien zum Umgang mit Sexismus wird angeregt.

Unterstützung von Frauen bei Kandidatur und Wahlkampf

Hürden abbauen. Möglichkeiten aufzeigen. Unterstützung geben.

Um die **finanzielle Chancengleichheit** zu fördern, werden verschiedene Maßnahmen ergriffen. So wird dieser Aspekt bei der **Aufstellung von Wahlkampfhaushalten** berücksichtigt und die Partei im Vorfeld für das Problem-feld sensibilisiert. Kandidierende werden über die **Möglichkeiten finanzieller Unterstützung** innerhalb der eige-nen Parteistruktur informiert. Eine **Studie oder qualitative Befragung** macht die Benachteiligung von Frauen in Sachen Spendenverteilung sichtbar. Insbesondere parteilose Kandidierende werden für eine **parteiunabhängige Wahlkampfunterstützung** in Betracht gezogen, zum Beispiel über ein parteiübergreifendes Stipendienprogramm, eine Stiftung oder einen Fonds. **Wahlkampfteams** unterstützen bei Kandidatur und Wahlkampf, da Ehrenamtliche zumeist keine Mitarbeitenden haben. Dafür werden Unterstützungsbedarfe abgefragt, Hilfe über Parteistrukturen angeboten und Best Practice-Beispiele aus Parteiverbänden geteilt.

Unterstützung gewählter Frauen in der Kommunalpolitik

Mehrfachbelastungen minimieren. Hürden abbauen.

Über die Parteistrukturen wird Frauen im Amt niedrigschwellig **Unterstützung** zuteil. Eine **Kommunaldatenbank** hilft mit Anregungen, Tipps und Angeboten. Generell werden politische Strukturen, Unterstützungsmöglichkei-ten und Vereinbarkeitsfragen **stärker thematisiert**, um Frauen Möglichkeiten aufzuzeigen, Familie, Beruf und Wahlamt zu kombinieren. Bestehende Mehrbelastungen werden durch eine gerechtere **Verteilung** ausgeglichen, es erfolgen eine finanzielle und personelle Kompensation sowie Unterstützung.

Leitfaden: Familienfreundliche und geschlechtergerechte Parteiarbeit

Hürden abbauen. Impulse und Handlungsempfehlungen geben.

Mit einer Broschüre bzw. einem Flyer werden Anregungen für eine barriereärmere Parteiarbeit gegeben. Denkbar wären ein **politikfreier Sonntag**, um die Rechtfertigung von Sonntagssitzungen umzukehren, familienfreundli-che **Wochenendveranstaltungen** oder die Vermittlung von bzw. Kooperation mit professionellen **Betreuungspersonen** außerhalb von Kita-Öffnungszeiten. Parteigremien und Landesparteitage könnten prinzipiell online oder hybrid angeboten werden. Für eine angemessene Sitzungsgestaltung steht eine umfassende **Checkliste** zu Termi-nierung, Organisation, Redezeitbegrenzungen, der zeitlichen und verbindlichen Planung von Abstimmungen zur Verfügung. Parteimitarbeitende erhalten die Bewilligung zu einer **flexiblen Arbeitseinteilung**. Eine **Arbeitsge-meinschaft** kümmert sich dauerhaft um Belange der Geschlechtergerechtigkeit und hilft dabei, kontinuierlich auf eine paritätische Besetzung von Gremien und Wahllisten hinarbeiten. Ein **Rechenschaftsbericht** erfragt regel-mäßig die Bedarfe von Parteimitgliedern und spiegelt umgesetzte Verbesserungen als **Gleichstellungsbericht**.

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

6.

ARBEITSWEISE UND RAHMENBEDINGUNGEN IN PARLAMENTEN UND RÄTEN

*Welche Rahmen-
bedingungen braucht
eine angemessene
Mandatsausübung?*

BEGEISTERUNG WECKEN

Wie die sächsischen Abgeordneten Daniela Kuge und Hanka Kliese ihre Landtagsmandate nutzen, um Frauen ein Sprungbrett zu bieten.

FRAUEN SIND IN DER POLITIK UNTERREPRÄSENTIERT – WIE LÄSST SICH DAS ÄNDERN?

Daniela Kuge: Es muss Patenschaften geben. Frauen sollten Frauen fördern – das ist bislang ein Punkt, der nicht funktioniert, weil sie untereinander konkurrieren. Einem Mann wird Fachkompetenz zuerkannt, sobald er einen Anzug trägt. Als Frauen sind wir gezwungen, doppelt so hart für unsere Anerkennung zu arbeiten. Daran müssen wir arbeiten. Es braucht mehr weibliche Vorbilder.

Hanka Kliese: Ich sehe immer wieder, dass verschiedene Parteien daran scheitern, Frauen in Räten und Parlamenten zu fördern. Vieles ist gut gemeint, gut überlegt, aber ein Abgleich mit der Realität macht klar, wie schlecht es tatsächlich darum bestellt ist. Es interessiert mich, wie andere Parteien das Thema angehen: Welche Ideen und Impulse gibt es? Und welche Haltungen werden vertreten? Was bieten Parteien – die die Quote nicht befürworten – für Lösungen an?

“
**WIR MÜSSEN DEN EINSTIEG FÜR
FRAUEN ATTRAKTIVER MACHEN.
WER DEN ELTERNBEIRAT ÜBERLEBT
HAT, KANN AUCH FÜR DEN
GEMEINDERAT KANDIDIEREN.**
”

WIE WOLLEN SIE FÜR MEHR TEILHABE VON FRAUEN SORGEN?

Hanka Kliese: Gleichstellung fängt nicht bei der Quote an, sondern viel früher. Wir müssen junge Frauen für Politik begeistern und dabei Vorbilder sein. Mein Weg ist beispielsweise, Frauen einen Praktikumsplatz zu geben oder bei der Vermittlung von Studienplätzen zu helfen. Ich sehe mich in einer privilegierten Position und damit als Verantwortungsträgerin. Junge Frauen sollen durch meine Arbeit Selbstwirksamkeit erfahren können.

Daniela Kuge: Ich versuche, junge Frauen verstärkt zu erreichen, indem ich Social Media nutze und politische Themen mit anderen Bereichen kombiniere. Meine Veranstaltungen etwa sind fast alle parteioffen. Darüber bin ich schon mit vielen Frauen ins Gespräch gekommen, die eigentlich mit Politik nichts am Hut hatten. In meinem Büro beschäftige ich – bis auf eine Ausnahme – ausschließlich Frauen. Wo sonst sollte das besser möglich sein? Wir müssen den Einstieg für Frauen attraktiver machen. Ich sage immer: Wer den Elternbeirat überlebt hat, kann auch für den Gemeinderat kandidieren.

Hanka Kliese: Frauen, die sich in einem Betriebsrat engagieren, haben möglicherweise auch Lust, sich politisch einzubringen. Auch die Räte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind eine Adresse.

Daniela Kuge: Ebenso sind Vereine Gefüge, die ein politisches Grundverständnis vermitteln. Sie können ein Einstieg sein. Hier müssen wir unterstützen und fördern. Damit Frauen es von da ausgehend bis auf die Landesebene schaffen, braucht es eine Quote.

2014 zog **Daniela Kuge** als Direktkandidatin der CDU in den Sächsischen Landtag ein. Engagiert ist sie auch in der Frauen-Union auf Kommunal- und Landesebene.



WIE WOLLEN SIE FÜR MEHR TEILHABE VON FRAUEN SORGEN?

Hanka Kliese: Viele politische Gremien, in denen Engagement beginnt, sind sehr männlich geprägt. Das dominiert auch die Diskussionskultur und ist für Frauen abschreckend. Auch die Aufgabenverteilung stellt – glücklicherweise – heute viele Frauen nicht mehr zufrieden. Sie möchten mehr tun, als Protokoll führen und Geburtstagsgeschenke besorgen. Hinzu kommt, dass Frauen schnell „verschlissen“ werden. Sie werden in Gremien als „Vorzeigefrauen“ eingespannt, weil es nicht genug von ihnen gibt. Wir müssen deswegen nicht nur auf uns achten, sondern auch auf die anderen.

Daniela Kuge: Ein weiterer Punkt ist die Frage, wie wir Sitzungen gestalten. Corona hat uns alternative Teilnahmemöglichkeiten wie Video-konferenzen aufgezeigt. Sitzungen müssen passender gemacht werden. Besonders Frauen mit kleinen Kindern brauchen ein starkes soziales Netz, um daran teilnehmen zu können. Es gibt auch genug Männer, die sich der Familie widmen möchten, sich das jedoch nicht trauen zu äußern. Da muss sich was ändern.

Hanka Kliese: Generell haben digitale Formate mehr Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben. Das sehe ich auch im Bereich Inklusion. Mobilitätseingeschränkte Menschen hatten so die Chance, an Veranstaltungen teilzunehmen, die ihnen sonst verwehrt geblieben wären – ebenso wie Frauen mit Familie, die abends von Zuhause aus dabei sein konnten.

Vor ihrem Landtagsmandat, das **Hanka Kliese** 2009 errang, war sie als Abgeordnetenmitarbeiterin im Bundestag tätig. Heute ist sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

WAS MÖCHTEN SIE BEWEGEN?

Daniela Kuge: Wirtschaft und Finanzen werden von Männern gemacht, Sozialpolitik von Frauen: Das müssen wir aufweichen. Die Themen müssen besser, gemischer bearbeitet werden. Frauen bringen unverzichtbare Impulse ein und brauchen dafür einen Platz. Ich wünsche mir, dass es dafür praktikable Handlungsempfehlungen gibt. Einerseits für die Parteien bis auf Ortsebene, aber auch für andere Organisationen: Wie bringen wir mehr Frauen in Ämter? Was brauchen sie dafür? Jedes Mal, wenn eine Frau ein Amt bekommt, ist das für mich eine Motivation.

Hanka Kliese: Diversität muss in der Gremienarbeit immer mitgedacht werden. Das fängt damit an, dass Formate so barrierearm wie möglich angelegt sind. Für Frauen ebenso wie für Menschen mit Handicap. Wir müssen allen die Möglichkeit zur Beteiligung geben. Mich würde es sehr glücklich machen, wenn Gleichstellung in allen Parteien gleichermaßen von der Wurzel an bearbeitet wird. Wenn wir nicht über Listen und Quoten diskutieren müssten, sondern alle gleichermaßen ein Verständnis davon hätten, wann Frauenförderung anfängt und womit – und entsprechende Bedingungen bereiten. Und wenn wir alle sagen können, dass wir durch die Fachkommission mit Denkanstößen, Inspirationen und Zusammenarbeit neue Frauen dazu gewonnen haben.

“
**FRAUEN WERDEN SCHNELL
„VERSCHLISSEN“. SIE WERDEN IN
GREMIEN ALS „VORZEIGE-FRAUEN“
EINGESPANNT, WEIL ES NICHT
GENUG VON IHNEN GIBT.**
”

ARBEITSWEISE UND RAHMENBEDINGUNGEN IN PARLAMENTEN UND RÄTEN

Welche Rahmenbedingungen braucht eine angemessene Mandatsausübung?

Leitfaden: Familienfreundliche und geschlechtergerechte Gremienarbeit

Hürden für das Engagement von Eltern abbauen. Impulse und Handlungsempfehlungen geben. Für Bedarfe sensibilisieren.

Den Sitzungsleitungen von Gemeinderäten, Kreistagen und Ausschüssen wird ein Leitfaden in Form einer **Brochure** zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf eine paritätische Gestaltung von Wahlgremien enthält diese Anregungen und Hinweise zu einer barriereärmeren Sitzungskultur. Dazu gehört eine **Checkliste zur Sitzungsgestaltung**, die Faktoren wie Terminierung, Organisation, Redezeitbegrenzungen, zeitliche und verbindliche Planung von Abstimmungen sowie paritätisch besetzte Präsidien beinhaltet. Des Weiteren verweisen Beiträge der Checkliste darauf, dass es sinnvoll ist, Neuerungen einzuführen: etwa **hybride Sitzungen** in Gemeindeordnungen, **Still- und Wickelräume, Kinderbetreuungsräume** in Nähe zum Sitzungssaal, Zugang mit Kleinkind zum Sitzungssaal, die Angabe von **Fehlgründen** bei Veröffentlichung von Abstimmungsverhalten, Vermittlung von bzw. Kooperation mit professionellen **Betreuungspersonen** außerhalb von Kita-Öffnungszeichen, flexible **Arbeitsbedingungen** für Mitarbeitende und **Vertretungsregelungen** für Elternzeit, Mutterschutz, Krankheit und Pflege.

Förderprogramm: Familienfreundliche Gemeindepolitik

Gemeinden bei der Umsetzung des Leitfadens unterstützen.

Gemeinden sollen bei der konkreten **Umsetzung des Leitfadens** Hilfe erhalten. Maßnahmen wie der Ausbau von Kinderbetreuungs-, Still- und Wickelräumen in Nähe zu Sitzungssälen werden finanziell gefördert. Im Rahmen des Förderprogramms stellen Erfahrene ihre Best Practice-Beispiele vor. Es erfolgen Anleitungen zur Durchführung digitaler und hybrider Sitzungen.

Musterkodex bzw. Selbstverpflichtung für respektvolle und wertschätzende Umgangsformen

Für einen wertschätzenden Umgang miteinander werben. Diskriminierung, Sexismus, Übergriffigkeit, Unhöflichkeit vermeiden. Inklusive Räume schaffen.

Nach dem Vorbild der **Stadtverordnetenversammlung Potsdam** wird ein Musterkodex als Anleitung und Zugeständnis für ein respektvolles Miteinander erstellt.

Überparteiliches Vorgehen gegen verbalen und tätlichen Sexismus

Betroffenen helfen. Betroffene schützen. Politisch Aktive sensibilisieren.

Um Sexismus innerhalb der Parteien zu verhindern, erfolgt eine **Definition**, die sexistisches und übergriffiges Verhalten klar benennt und einordnet. Die **Versammlungsleitungen werden geschult**, damit sie auf Sexismus reagieren können. Personen stehen jeweils einzeln oder als Team zur Verfügung, um bei sexistischen Vorfällen und Übergriffen **ins Vertrauen** gezogen zu werden.

Pairing-Modell in Räten und Landtag

Über Pairing-Modelle und -vereinbarungen informieren. Modelle in Sachsen anwenden.

In Räten und dem Landtag informieren Flyer über Pairing-Konzepte zur besseren Berücksichtigung von verhinderten Abgeordneten bei Abstimmungen. Die Fairnessvereinbarung zwischen regierungstragenden und Oppositionsfraktionen wahrt das parlamentarische Kräfteverhältnis, da für dringend verhinderte Abgeordnete der Regierungsseite die gleiche Anzahl Abgeordneter der Opposition einer Abstimmung fernbleibt. Zur Veranschaulichung wird ein **Muster einer Pairing-Vereinbarung** erarbeitet, um zur Umsetzung anzuregen.

Erhöhung der Aufwandsentschädigungen und deren passgenauere Anwendung

Finanzielle Rahmenbedingungen in der (kommunal-)politischen Arbeit verbessern.

Insbesondere in den Gremien ländlicher Regionen werden die Aufwandsentschädigungen erhöht. Zusätzlich werden vor allem zur Verbesserung der Mobilität im ländlichen Raum und bei zu leistender Pflegearbeit **Sonderzahlungen** gewährt. Die passgenauere Anwendung solcher Geldleistungen fördert sodann auch die Vereinbarkeit von kommunalpolitischer Tätigkeit während der Elternzeit und des Bezuges von Elterngeld.

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

Ziele

Konkretisierungsvorschlag

Maßnahme

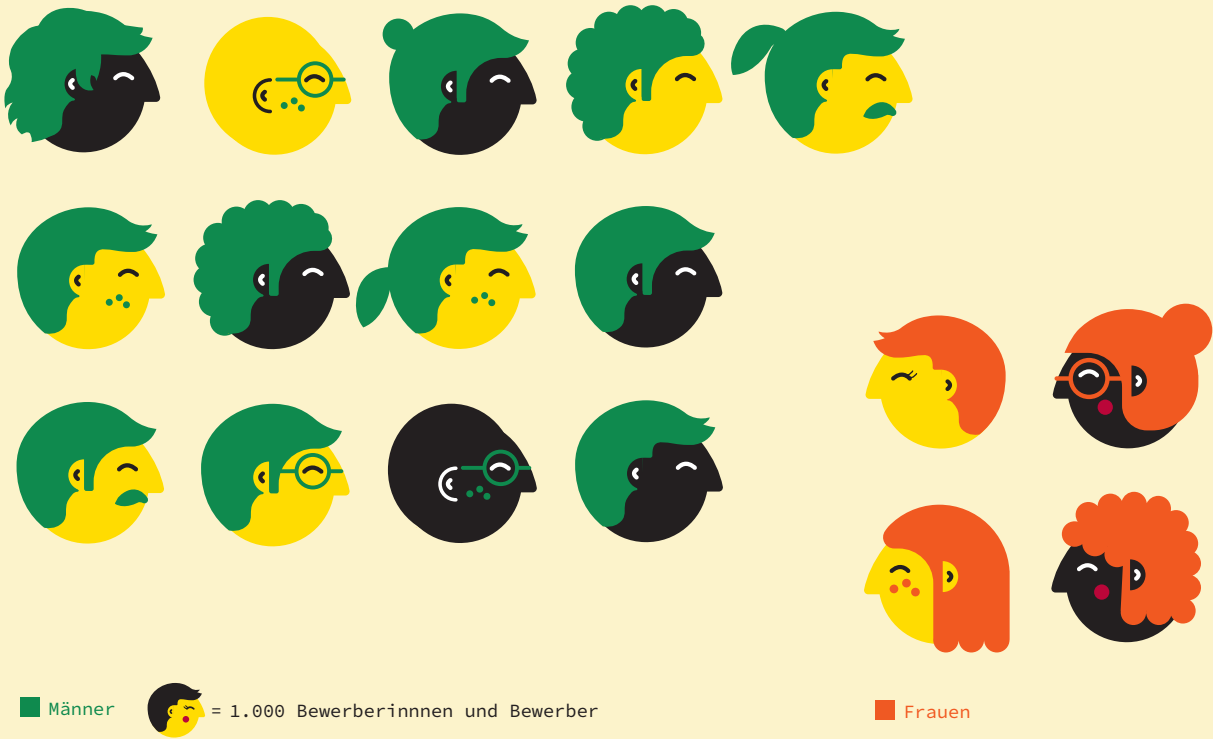
Ziele

Konkretisierungsvorschlag

ZAHLEN

GESCHLECHTERVERTEILUNG DER BEWERBERINNEN UND BEWERBER BEI GEMEINDERATSWAHLEN IM FREISTAAT SACHSEN 2019

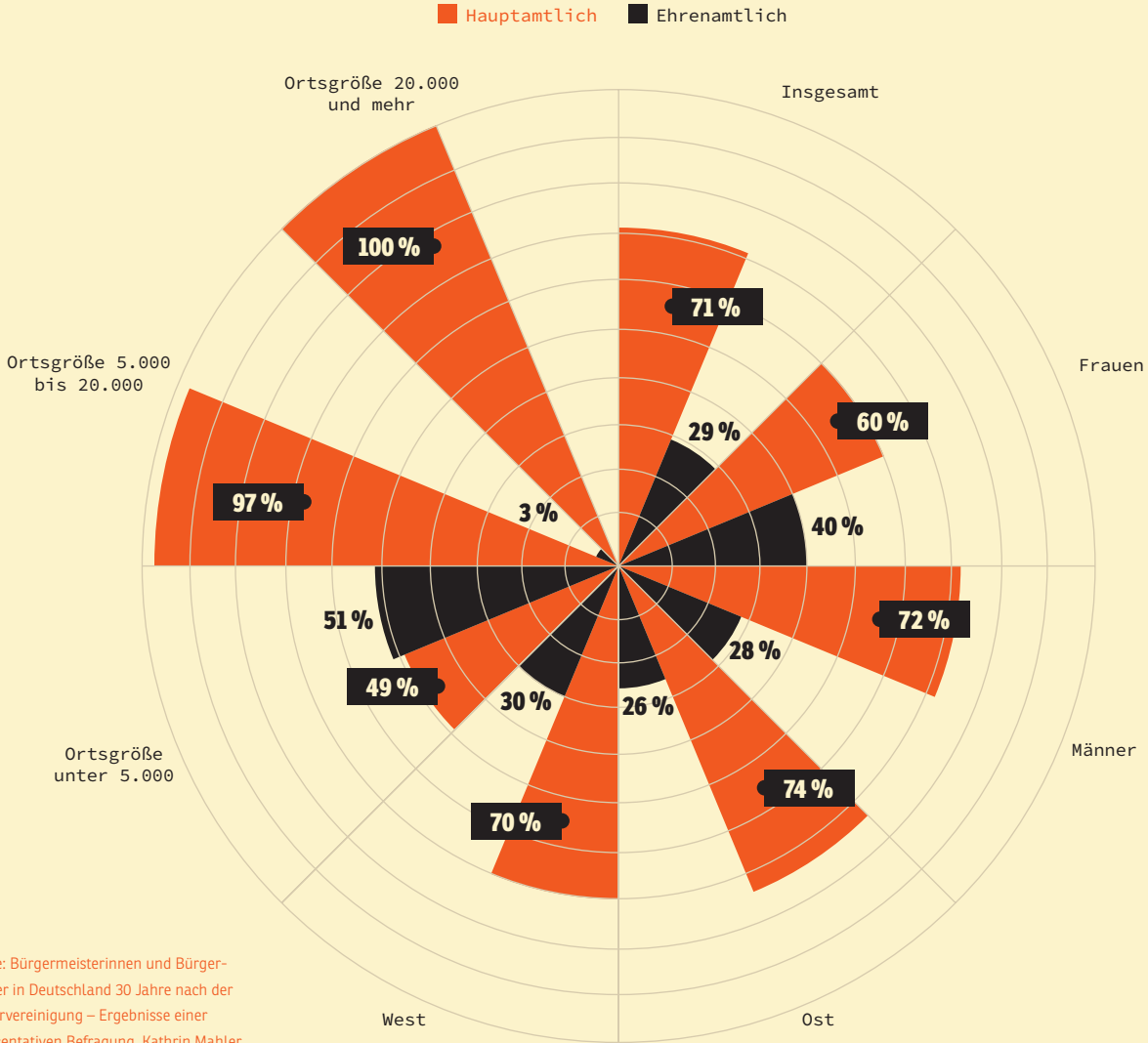
Quelle: Beteiligung von Frauen in politischen Wahlämtern aus Sicht der amtlichen Statistik, Franz Hofmann, 2021.



Frauen sind in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert und stellen sich auch deutlich seltener zur Wahl. Um mehr weibliche Führungskräfte und Repräsentantinnen zu gewinnen, muss sich der Blick vor allem auf Strukturen und Rahmenbedingungen politischen Engagements richten.

EHRENAMTLICHE UND HAUPTAMTLICHE BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER NACH GESCHLECHT

Lediglich neun Prozent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland sind Frauen. Grundsätzlich gilt: je kleiner die Gemeinde, desto höher der Anteil von Frauen. Das heißt aber auch, dass Frauen das Amt verhältnismäßig häufiger im Ehrenamt ausüben – auf fast jede zweite Bürgermeisterin trifft das zu, aber nur auf etwa jeden vierten Bürgermeister.



Quelle: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, Kathrin Mahler Walther und Helga Lukoschat, 2020.

7.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

*Über welche rechtlichen
Grundlagen kann der
Frauenanteil in
politischen Ämtern
erhöht werden?*

IN DER VERANTWORTUNG



Lucie Hammecke vertritt als Landtagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen eine Partei, die gerade bei jungen Frauen beliebt ist – und spricht sich pragmatisch für die Quote aus.

MEHR FRAUEN IN DER POLITIK – GELINGT DAS ÜBER RECHTLICHE NEUERUNGEN?

Lucie Hammecke: Andere Länder haben es vorgemacht, aber wir beweisen uns immer wieder selbst, dass wir mehr weibliche Beteiligung ohne eine rechtliche Grundlage nicht zufriedenstellend erreichen. Mit „uns“ meine ich uns als Gesellschaft. Und obwohl wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert haben, spiegelt sich das nicht in der Repräsentanz von Frauen in der Politik wider. Wir können auch nicht behaupten, die Entwicklung in den Parlamenten würde tendenziell besser werden. Heute sind beispielsweise weniger Frauen im Bundestag vertreten als noch vor zwei Legislaturperioden. Wir sind also weit davon entfernt, die Macht paritätisch aufzuteilen. Zudem sehen wir, dass jene Parteien mit verbindlichen Quoten auch einen höheren Frauenanteil haben. Deshalb finde ich es unerlässlich, auch über rechtliche Grundlagen zu sprechen.

WELCHE HÜRDEN SEHEN SIE BEI DER QUOTE?

Lucie Hammecke: In Brandenburg und Thüringen wurde ein Paritätsgesetz verabschiedet, das aber letztlich vor den jeweiligen Verfassungsgerichtshöfen scheiterte. Die bisherigen Versuche waren nicht genügend ausgereift. Die Diskussionen über die Reform des Wahlrechts sollten auch auf Bundesebene geführt werden. Wir können auch miteinander lernen, auch indem die jeweiligen Hürden sichtbar werden. Und wir müssen darüber reden, wie der Frauenanteil in Parteien erhöht werden kann, weil das die Grundlage dafür ist, dass Ämter tatsächlich mit Frauen besetzt werden können. Letztlich wird eine Kandidatin für ihre Kompetenz gewählt – und es gibt in allen Parteien geeignete Frauen. Das hat insbesondere die Mitarbeit in diesem Gremium gezeigt, in dem Diskussionen parteiübergreifend geführt wurden. Es ist die Aufgabe der Parteien, für mehr Beteiligung von Frauen zu sorgen.

2019 zog **Lucie Hammecke** für Bündnis 90/Die Grünen als jüngste Abgeordnete in den Sächsischen Landtag ein. Sie ist Präsidiumsmitglied des Bundesfrauenrates ihrer Partei.

WAS MOTIVIERT SIE DENN IN IHRER ARBEIT?

Lucie Hammecke: Die Frauen, die mich damals zu meiner Kandidatur motiviert haben. Ich hätte es ohne die Unterstützung nicht geschafft. Jetzt habe ich dieses Privileg des Mandats und sehe mich in der Verantwortung, andere Frauen zu unterstützen.

WAS KANN DIE FACHKOMMISSION LEISTEN?

Lucie Hammecke: Die Fachkommission kann die Debatten weiter anregen und Reformbestrebungen unterstützen, auch über den Freistaat hinaus. Zudem kann mit dem vielfältigen Maßnahmenkatalog eine Breite an Verbesserungsvorschlägen aufgezeigt werden, welche ich mir in die Tat umgesetzt wünsche. Insbesondere freue ich mich auf das Rechtsgutachten im Maßnahmenkatalog. Daraus können Schlüsse gezogen werden, wie in Sachsen rechtliche Ausgestaltungen möglicherweise aussehen müssten, um künftig erfolgreich bestehende Regelungen zu bilden.

WIE MÖCHTEN SIE IHRE PATENSCHAFT GESTALTEN?

Lucie Hammecke: Ich hatte das Glück, in einem guten Team zu arbeiten: mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, auch mit anderen Abgeordneten. Wir bringen unterschiedliche Erfahrungen und Hintergründe ein, verfolgen aber dasselbe Ziel. Dies will ich am Leben halten.

WIE LASSEN SICH FRAUEN FÜR EIN POLITISCHES AMT BEGEISTERN?

Lucie Hammecke: Ich möchte erzählen, wie viel Freude es macht, mit anderen Menschen zusammenzuarbeiten, die an dasselbe glauben und dieselben Ziele verfolgen. Ich bin in die Politik gegangen, um etwas zu verändern, zu gestalten, anzustoßen. Politik ist immer Teamarbeit. Daher kann ich jede Person nur dazu ermutigen, möchte aber verdeutlichen, dass es mir um ein breites Verständnis von Politik geht: Es gibt nicht nur den parlamentarischen Weg, sondern auch NGOs, Vereine, Initiativen. Sich dort zu engagieren, ist auch Politik.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Über welche rechtlichen Grundlagen kann der Frauenanteil in politischen Ämtern erhöht werden?

Regelungen prüfen, die die politische Arbeit von Frauen behindern

Rechtliche Hürden politischer Arbeit von Frauen sichtbar machen und abbauen.
Grundlage für Gesetzgebungsinitiativen schaffen.

Auf Landes- und Kommunalebene wird überprüft, welche Regelungen die politische Arbeit von Frauen behindern oder unattraktiv machen. Das betrifft die Mutterschutzregelungen bei Rätinnen und Abgeordneten und die parlamentarische Vertretung für Abgeordnete, Rätinnen und Räte in Elternzeit. Gleichzeitig werden Regelungen zur Präsenzpflcht und zum Pairing oder der Vertretung bei Verhinderungen in den Blick genommen. Dabei werden rechtsvergleichend auch die Regelungen anderer Bundesländer betrachtet, um funktionierende Ansätze und Wege zu mehr Partizipation von Frauen zu entwickeln.

Prüfung von Änderungen kommunalrechtlicher Regelungen

Politische Gremienarbeit flexibler machen.

Nach den Vorbildern Bayern und Baden-Württemberg wird eine gesetzliche Verankerung zur Durchführung teilweise oder vollständig digitaler Sitzungen angestrebt. Digitale oder hybride Sitzungen entlasten und erleichtern die Ausübung eines Wahlamtes, sodass sich die Attraktivität einer politischen Mandatstätigkeit steigert.

Rechtsgutachten

Aktuelle Sächsische Rechtslage klären. Mögliche Gesetzesänderungen erarbeiten.

Bezogen auf das Landtags- und Kommunalwahlrecht wird überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, Regelungen zur geschlechterparitätischen Besetzung von Wahllisten und Direktkandidaturen zu implementieren. Geprüft wird darüberhinaus, ob Änderungen anderer rechtlicher Grundlagen möglich und umsetzbar sind.



Ziel des Maßnahmenkataloges der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern ist es, Defiziten konstruktiv zu begegnen.

*Der Maßnahmenkatalog der Fachkommission richtet sich nicht nur an die Sächsische Staatsregierung und politische Verantwortliche. Er ist genauso Angebot und Aufforderung an alle Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen im Freistaat, die sich aktiv vor Ort für die Stärkung von Frauen engagieren. Und er möchte eine Ermutigung für alle interessierten Frauen sein, sich im politischen Haupt- und Ehrenamt zu engagieren, um so ihre Ideen einzubringen. Dabei ist vieles denkbar – beispielsweise Projekte, die über die **Förderrichtlinie Chancengleichheit** gefördert werden können. Wenden Sie sich für weitere Informationen und bei Fragen gern über gleichstellung@smj.justiz.sachsen.de an das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Wir freuen uns auf Ihre Ideen und Initiativen.*

www.gleichstellung.sachsen.de

Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und
für Demokratie, Europa und Gleichstellung
01097 Dresden

Redaktion, Gestaltung und Satz:

Die Rederei gUG
www.rederei-agentur.de

Druck:

FLYERALARM GmbH

Redaktionsschluss:

07.06.2022

Bezug:

www.publikationen.sachsen.de